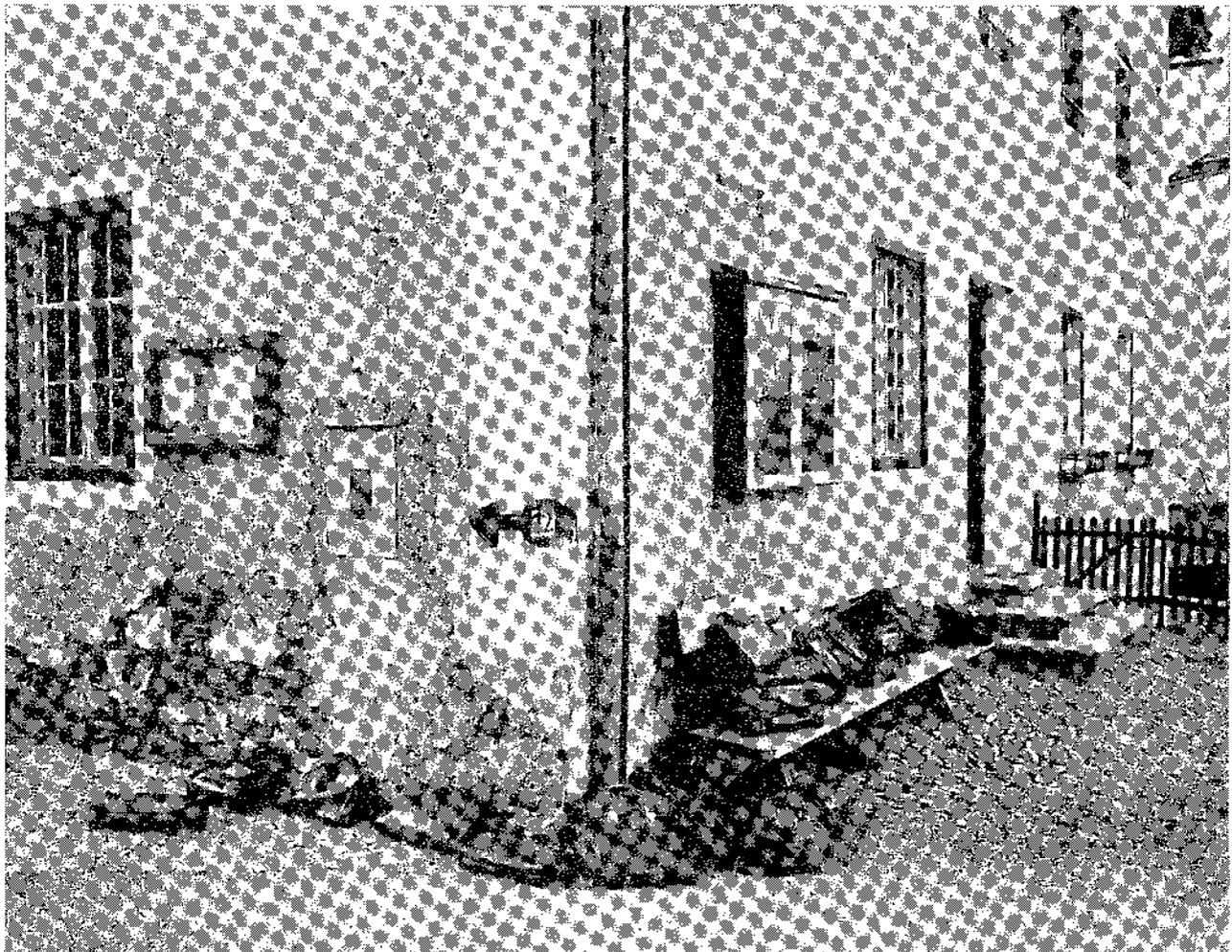


skolast

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - April 1978 - 23. Jahrgang

nummer 2

Die Schule wird zu einem wichtigen Faktor des demokratischen Zusammenlebens der drei Volksgruppen. In Südtirol ist daher im Rahmen der drei Schulämter die Mitwirkung und die sich daraus ergebende Mitbestimmung aller gesellschaftlichen und sozialen Schichten der jeweiligen Volksgruppe an der Schule von ausschlaggebender Bedeutung einerseits für die Erhaltung der Volksgruppen selbst, andererseits für ihr gegenseitiges Verständnis und Zusammenleben. (Magnago)



Mitarbeiter an dieser Nummer:

Christian ALTON
39012 Meran, Franziskanerstraße 3
Günther ANDERGASSEN
39052 Kaltern, Weinstraße 52
Oskar AUSSERER
39011 Lana, Völlaner Straße 98
Alexander BRENNER-KNOLL
39056 St. Pauls/Eppan, Nr. 34
Guido DENICOLÒ
35100 Padua, Via Negrolli 8
Walter GUFLE
39017 Schenna, Verdinscr Straße 13
Hellmuth LADURNER
39012 Meran, Schafferstraße 28
Franz LANTHALER
39012 Meran, Klostersteig 49
Klaus MENAPACE
39040 Tramin, Rathausplatz 6
Günther PALLAVER
39051 Branzoll, Schwarzadlerstraße 7
Emil STOCKER
39012 Meran, Schwimmschulstraße 10
Romano VIOLA
39100 Bozen, Schmiedgasse 2

INHALT

- 1 *Alexander Brenner-Knoll*: Die Reform der Oberschule — ein heißes Eisen
- 3 *Alexander Brenner-Knoll*: Eine Chance für den Fortschritt
- 4 *Hellmuth Ladurner*: Pädagogisches Institut in Südtirol
- 7 *Walter Gufler*: Die Kollegialorgane
- 9 *Franz Lanthaler*: Der Landesschulrat
- 10 ASM schaut Interview
- 11 *Günther Andergassen*: Das Kindergartenwesen in Südtirol
- 12 *Günther Pallaver*: Das verdrängte Problem: Universität in Südtirol
- 15 *Emil Stocker*: Leserbrief zur Faschismuskussion
- 16 *Romano Viola*: Autonomie: Mittel und Zweck der Arbeiterbewegung
- 18 *satyr*: Nomen est Omen
- 18 Die Vereinigung der Wehrdienstverweigerer
- 19 *Oskar Ausserer*: Buchbesprechungen: C. A. - a. b.
- 21 *Die Redaktion*: SH-Interna: Difficile est ...
- 22 *Günther Pallaver*: Entlarvt?
- 23 *N. O.*: Christ und Antichrist
- 23 Promotionen

Titelbild aus: Informationsschrift
der Südtiroler Landesregierung, Nr. 9

Die Spalte der Pressereferenten

Die zweite Nummer 1978 des SKOLAST liegt nunmehr vor. Man wird sich erinnern, daß wir für diese Ausgabe das Rahmenthema „Schule in Südtirol“ vorgeschlagen hatten. Zu diesem Problembereich haben wir Beiträge von Lanthaler, Ladurner, Gufler, Andergassen, Brenner-Knoll und Pallaver erhalten. Es war auch ein Interview mit Dr. Sparber (Vorsitzender des ASM) geplant — seine Durchführung wurde jedoch nicht ermöglicht. Die ausführlicheren Gründe können Sie im Innenteil dieser Nummer erfahren. Zum Thema „Schule in Südtirol“ bringen wir auch eine Aufstellung über einige bisher zu dieser Thematik erschienene Artikel unserer Zeitschrift; wir glauben, damit den Lesern einen Dienst erwiesen zu haben.

Dieser SKOLAST bringt auch einen Diskussionsbeitrag von Romano Viola zu den Themen, die in der Nummer 1/78 von Arno Teutsch aufgegriffen und behandelt worden sind.

Auch eine Glosse finden Sie in dieser Nummer, deren Autor der Redaktion bekannt ist, Franz Pahl und Prof. Thaler bekommen eine Antwort von der „Schriftleitung“ und Robert Hochgruber wird durch den Vorsitzenden Pallaver geantwortet.

Wir legen auch einen Fragebogen für die Maturanen bei, die ja den SKOLAST kostenlos erhalten; falls jemand von ihnen unsere Zeitschrift nicht mehr haben will, kann er sie mit der beigelegten Karte abbestellen.

Und nun zum Rahmenthema für die nächste Nummer. Wir haben uns auf die Problematik „KULTUR UND KULTURARBEIT IN SÜDTIROL“ geeinigt. Eine weitere Erklärung dieses Problembereiches ist wohl überflüssig. Wir wollen nur noch schnell an zwei Dinge erinnern. Erstens, Redaktionsschluß machen wir am 15. Mai 1978. Zweitens: wir bitten, die Beiträge druckreif zu liefern!

Guido Denicolò
Klaus Menapace

Schule in Südtirol

Alexander Branner-Knoll

Die Reform der Oberschule — ein heißes Eisen

Eine schwere politische, wirtschaftliche und moralische Krise macht Italien seit Jahren zu schaffen. Diese Krise macht sich auch in den Oberschulen und Universitäten zunehmend bemerkbar und sorgte in der letzten Zeit immer wieder für Schlagzeilen in der Presse. Einige Beispiele aus den letzten Monaten sind die Protestaktionen für die gesicherte Note 6 („sei politico“) an der technischen Lehranstalt „C. Correnti“ in Mailand, die Bombenanschläge auf Lehrer in Venedig und die schwarzen Listen für „autoritären“ Lehrer in Neapel sowie eine weitere Reihe von Ausschreitungen. Dabei geht es im verstärkten Maße einer Minderheit außerparlamentarischer Chaoten die Unzufriedenheit der Studenten und deren berechtigte Forderungen nach tiefgreifenden Reformen für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

Die geschilderten Ereignisse stellen aber nur die sichtbare Spitze des Eisberges dar, denn die Krise an den Oberschulen und Universitäten schwelt schon seit den Studentenunruhen im Jahre 1968 und die Radikalisierung der Oberschüler und Universitätsstudenten macht inzwischen den demokratischen Kräften schwer zu schaffen. Die Gründe, welche zu dieser schwierigen Lage an den Oberschulen geführt haben, sollen hier nun kurz aufgezeigt werden.

Reform der Oberschule auf die lange Bank geschoben

Mit der Einführung der Einheitsschule (1963) ist im Nachkriegsitalien die bisher einschneidendste Reform auf dem Schulsektor verwirklicht worden. Dieser Reform hätte auch eine grundlegende Erneuerung der Oberschule folgen müssen, doch ist bis heute praktisch alles beim alten geblieben. Mit der Erleichterung der Matura und der Zulassung aller Maturierten zu sämtlichen Fakultäten (1969) sowie der Einführung der Mitbestimmungsgremien wollte man die herrschende Unzufriedenheit halbwegs eindämmen. Diese Maßnahmen haben aber keinen wesentlichen Erfolg gebracht.

Matura und dann arbeitslos

Die Oberschulen sind in ihrem heutigen Aufbau vom faschistischen Unterrichtsminister Giovanni Gentile 1923 eingeführt worden. In den allgemein bildenden Oberschulen (Lyzeen) neh-

men die literarisch-humanistische Fächer den Hauptanteil im Unterricht ein, während die natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer nur ein Aschenbrödel-Dasein fristen. Die berufsorientierten „technischen“ Oberschulen und die Lehnanstalten weisen eine Vielfalt von Spezialisierungen auf (über 100) und geben mit ihren Spezialisierungen oft an den gewandelten Anforderungen der Wirtschaft vorbei.

Es gilt nun zu klären, warum die Schülerzahl an den Oberschulen so stark zugenommen hat und welche Auswirkungen sich daraus ergeben haben. Stark vereinfachend kann man

die Lehrlingsschulung und die Berufsschule in Italien grobe Mängel auf und betreffen nur einen geringen Teil der Jugendlichen. Südtirol bildet diesbezüglich, mit gewissen Einschränkungen, sicher eine Ausnahme.

Seit der Einführung der Einheitsschule, wodurch die bereits im Pflichtschulbereich einsetzende Selektion abgebaut wurde, setzte ein massiver Zustrom zu den Oberschulen ein. Mit der steigenden Anzahl von Schülern, der Schulraumnot und den ungenügenden Einrichtungen, sank die Qualität der Ausbildung. Gleichzeitig wurde auch die Selektion unter dem Druck radikaler Kritik immer mehr abgebaut. Die Chancen, nach Abschluß der Oberschule oder der Universität eine dem Ausbildungsgang entsprechende Beschäftigung zu finden, werden immer geringer. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zwar in allen westlichen Ländern ein schwerwiegendes Problem,

Aufruf an unsere Leser und Freunde!

Der SKOLAST leidet — wie inzwischen zur Genüge bekannt sein dürfte —, unter chronischen finanziellen Schwierigkeiten. Der Mangel an Geld ist einer der mächtigsten „Feinde“, mit denen unsere Zeitschrift fast täglich konfrontiert ist. Trotzdem wollen wir — nach Möglichkeit — weiterhin alles tun, um den SKOLAST herauszubringen. Wir sind nämlich der Meinung, daß wir damit dem demokratischen Meinungsaustausch in unserem Lande einen gewissen Dienst erweisen. Positive Reaktionen auf die einzelnen Nummern haben uns in dieser Auffassung weiter bestärkt. Wenn nur eben das liebe Geld nicht wäre! Aber an diesem Hindernis führt kein Weg vorbei — die einzige Möglichkeit besteht darin, Geld herbeizuschaffen.

Dieser Nummer ist ein Posteriagschein beigelegt. Wozu? Nun, wenn jemand daran interessiert ist (und wir bitten darum!), dem SKOLAST und seiner demokratischen Arbeit zu helfen, kann er dies mit einer Spende tun. Die Höhe der Unterstützung spielt keine besondere Rolle. Wer direkt auf das Bankkonto der SM einzahlen will, kann dies tun: Nr. 114.000 Südtiroler Landessparkasse, Stadtagentur 1, Bozen.

Unsere Gegenleistung? Der SKOLAST! Wenn das genügt, weiß auch, wofür er sein kleines Opfer bringt. Wir bedanken uns bereits jetzt!

Die Redaktion

Der Finanzreferent

sagen, daß der Besuch einer höheren Schule eine Voraussetzung für bessere Berufs- und Verdienstmöglichkeiten schafft. Die Arbeit hinter einem Schreibtisch ist sicher angenehmer, hat ein höheres soziales Prestige und bietet auch mehr Sicherheit in Zeiten wirtschaftlicher Krisen als etwa die Arbeit eines Bauern, eines Fabrikarbeiters oder eines Handwerkers. Zwar haben sich die Unterschiede, was das Einkommen angeht, wesentlich verringert, doch gibt es in den Banken, in Teilen der öffentlichen Verwaltung und in den Freiberufen genügend Beispiele für hohe Einkommen, die so einen Anreiz für das Studium bilden können. Man muß aber auch berücksichtigen, daß nach Abschluß der Mittelschule für die Jugendlichen in Italien nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Außerdem weisen

doch erreicht sie gerade in Italien besonders hohe Werte.

Über 400.000 Jugendliche mit Diplom oder Doktorat ohne Arbeit!

Nach einer Umfrage des Zentralinstitutes für Statistik (ISTAT) wurden im Juli des Vorjahres insgesamt 1,69 Millionen Arbeitslose (fast 8) gezählt, von denen 1,25 Millionen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren waren. Von diesen jungen Arbeitslosen hatten immerhin 36% entweder eine Oberschule oder die Universität abgeschlossen (Quelle: Mondo Economico, Nr. 38, 8.10.1977, S. 4—5). Die hohe Arbeitslosigkeit hängt zwar mit der strukturellen Schwäche der italienischen Wirtschaft zusammen, sie wird aber auch dadurch beeinflußt, daß die

Oberschulen und die Universität nicht den geänderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen und vielfach gar an den neuen Anforderungen vorbeigehen.

Auf die Jugendlichen wartet also nach Abschluß der Schule oft Arbeitslosigkeit oder eine schlecht bezahlte Schwarzarbeit. Solche Zukunftsaussichten zerstören viele Illusionen und können auch den Lernifer nicht gerade anregen.

Die Lehrkräfte: ungenügend ausgebildet, schlecht bezahlt

Was die Lehrpersonen anbelangt, so ist ihre Ausbildung vor allem auf didaktisch-methodischem Gebiet sehr mangelhaft. An den Universitäten nicht für den Unterricht ausgebildet, gibt es für die Lehrkräfte an den Mittel- und Oberschulen vor allem keine Weiterbildungsmöglichkeiten. Diese Mängel sind gepaart mit einer schlechten Bezahlung. Das Anfangsgehalt eines Oberschullehrers beträgt gegenwärtig rund 360.000 Lire bei einer wöchentlichen Stundenverpflichtung von 18 Stunden. Besonders nachteilig wirkt es sich für die Lehrkräfte aus, daß sie, wenn man von einer Aufbesserung um 2% alle zwei Jahre absieht, für viele Jahre nur das Anfangsgehalt erhalten. Erst wenn sie nach bestandener Lehramtsprüfung, nach weiteren Wartezeiten endlich in die Stammliste aufgenommen werden und dann das Probejahr bestanden haben, beginnt sich ihr Gehalt etwas zu verbessern.

Da die Schule eine der wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten für die große Masse arbeitssuchender Akademiker darstellt, ist nicht anzunehmen, daß man durch Personaleinsparungen und durch höhere Stundenverpflichtungen eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte erreichen könnte. Bei einer gegenwärtigen Zahl von über 900.000 Beschäftigten in den Pflicht- und Oberschulen ist deshalb an eine merkliche Aufbesserung des Gehalts überhaupt nicht zu denken. Viele Lehrer sind deshalb gezwungen, ihr Einkommen durch eine Nebenbeschäftigung aufzubessern. Die weiblichen Lehrpersonen, die neben dem Unterricht auch meistens einen Haushalt versorgen müssen, sind dabei einer besonderen Belastung ausgesetzt.

Auch die Reform der Oberschule wird an dieser Lage nichts Wesentliches ändern können. Auch die bereits erwähnte Weiterbildung der Lehrkräfte setzt eine gewaltige Anstrengung finanzieller und organisatorischer Art voraus und benötigt noch dazu eine lange Anlaufzeit.

Auf die Jugendlichen wartet also nach Abschluß der Schule oft Arbeitslosigkeit oder eine schlecht bezahlte Schwarzarbeit. Solche Zukunftsaussichten zerstören viele Illusionen und können auch den Lernifer nicht gerade anregen.

Einige Gründe für die Verzögerung der Oberschulreform

Der wichtigste Grund, warum die Reform der Oberschulen so viele Jahre hinausgezögert wurde, ist sicher in

der politischen Instabilität Italiens zu suchen. Außerdem ist bekannt, daß die DC die Privatschulen fördert, die sich meist in religiöser Hand befinden und durch das Chaos in den öffentlichen Schulen einen verstärkten Zulauf erhalten haben. Die Reformvorschläge der verschiedenen Parteien waren außerdem sehr unterschiedlich und auch an verschiedene Bedingungen geknüpft (Universitätsreform usw.). Auch wäre eine ernstgemeinte Reform mit großen Aufgaben verbunden, die in Zeiten wirtschaftlicher Krisen nicht möglich sind. Dazu kommt noch die Angst, daß mit der Reform das Durcheinander an den Schulen noch größer werden könnte. Man hat also das Problem, gleich wie viele andere, auf die lange Bank geschoben. Ob der sich anbahnende „compromesso storico“ jetzt endlich eine Lösung bringen wird, bleibt abzuwarten.

Wie wird die zukünftige Oberschule aussehen?

In der Abgeordnetenkammer wird zur Zeit in der Unterrichtskommission ein gemeinsamer Vorschlag der Parteien des „Verfassungsbogens“ ausgearbeitet. Bis jetzt hat man eine gewisse Einigung in den Grundzügen erreicht.

Die neue Oberschule dauert 5 Jahre und soll auf den Eintritt in das Berufsleben und gleichzeitig zu einem Weiterstudium an der Universität vorbereiten. Mit praktischen Tätigkeiten sollen auch technische Fähigkeiten und Handfertigkeiten erlernt werden.

Das erste Jahr an der Oberschule wird als Orientierungsjahr gestaltet. In den darauffolgenden Jahren soll die neue Oberschule in vier Richtungen aufgeteilt werden:

- mathematisch-naturwissenschaftliche Richtung
- sprachlich-literarische Richtung
- sozialwissenschaftliche Richtung
- künstlerische Richtung

Diese vier Hauptrichtungen sollen jeweils noch in mehrere Unterrichtsformen eingeteilt werden.

Alle Richtungen sollen einen gemeinsamen Grundstock von Fächern (area comune) erhalten. Deshalb gibt es in allen Richtungen Unterricht in Literatur und Sprache, Geschichte und Gemeinschaftskunde, Philosophie, Mathematik und Naturwissenschaft sowie einen wissenschaftlich-technologischen Unterricht und außerdem muß auch eine Fremdsprache gelernt werden. Neben diesen Grundfächern gibt es die spezifischen Fächer der einzelnen Richtungen.

Ungefähr 3 Stunden pro Woche sollen den Schülern für freie, von ihnen bestimmte Tätigkeiten zur Verfügung stehen (mindestens 20 Schüler müssen sich auf eine Initiative einigen). Auch eine Verlängerung der Schulpflicht auf 15 Jahre wird für die weitere Zukunft in Aussicht genommen, darauf eine

Übereinstimmung mit dem gesetzlich vorgesehenen Mindestalter für den Abschluß eines Arbeitsvertrages erreicht wird.

Die Herbstprüfungen sollen abgeschafft und dafür entsprechende Unterstützungskurse eingerichtet werden. Ob ein Schüler in die nächste Klasse aufsteigen kann, wird also schon in der Schlusskonferenz vor Beginn der Sommerferien entschieden. Der Übertritt zwischen den einzelnen Richtungen und auch von der Berufsschule soll gesichert werden.

Bei der Matura sind drei schriftliche Prüfungen, im Gegensatz zu den gegenwärtigen zwei, vorgesehen und zwar der übliche Aufsatz und zwei andere schriftliche Arbeiten mit einem fachübergreifenden Thema. Die mündliche Prüfung soll in Zukunft alle Fächer umfassen. Hier sollen die Zügel also wieder deutlich angezogen werden. Die Kommission soll sich aus drei auswärtigen Mitgliedern (einschließlich den Präsidenten) und drei Professoren der Schule zusammensetzen.

Auch der freie Zugang zu allen Fakultäten soll in Zukunft wieder aufgehoben und nur mehr zu jenen Fakultäten frei gestattet werden, auf welche die gewählte Oberschulrichtung zugeschnitten ist. Wer auf eine Fakultät will, die nicht seiner Ausbildungsrichtung an der Oberschule entspricht, wird also nach Verwirklichung der Reform eine Aufnahmeprüfung ablegen müssen.

Die Reform soll nach Verabschiedung in einem Zeitraum von 5 Jahren verwirklicht werden, also stufenweise von Klasse zu Klasse. Doch sollen auch in die oberen Klassen, die noch nach dem alten System geführt werden, gewisse Neuerungen Eingang finden.

Alles, was hier über die neue Oberschule gesagt wurde, kann natürlich noch in der Diskussion im Parlament wesentlich abgeändert werden.

Ob die Reform erfolgreich sein kann, hängt davon ab ob es gelingt, wieder eine den gesellschaftlichen Veränderungen entsprechende Verbindung zwischen Schule und Arbeitswelt herzustellen und die Lehrkräfte auf ihre neuen Aufgaben ausreichend vorzubereiten. Vor allem muß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit gelöst werden, weil sonst auch die beste Schulreform zum Scheitern verurteilt ist.

Inge Gualtieri

39012 Merano, Manzonistraße 11
Tel. (0473) 33311 Büro
Tel. (0473) 23110 Priv.

übernimmt Reinschrift, Einband und Druck von Doktorarbeiten. Pünktliche und formschöne Ausführung.

Mehrere Schriftbilder, Farbbänder und Farbmuster stehen zur Auswahl.

Eine Chance für den Fortschritt

Einige Gedanken über die Reform der Oberschulen in Südtirol

Wenn man den Berechtigungen der Politiker Glauben schenken kann, wird das Rahmengesetz zur Oberschulreform noch bis zum Schulanfang im Herbst verabschiedet werden. Innerhalb eines Jahres sollte dann die Regierung die entsprechenden Ernüchterungsverordnungen (decreti delegati) ausarbeiten, welche die Programme, die dienstrechtlichen Änderungen und die anderen Details der Reform regeln werden. Im günstigsten Fall wird die Reform also im Schuljahr 1979/80 in den ersten Klassen einsetzen, im darauffolgenden Jahr würden auch die zweiten Klassen dazukommen und so weiter, bis dann 1985 die Reform endgültig abgeschlossen sein wird.

Mit der Oberschulreform werden auch in Südtirol beachtliche kulturelle und organisatorische Anstrengungen notwendig werden, wenn man ein Chaos und schwere Rückschläge vermeiden will und die Reform einen Beitrag zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes leisten soll. Mit dem neuen Autonomiestatut sind einige Voraussetzungen gegeben (primäre Zuständigkeit der Provinz für Schulhausbau, Berufsausbildung, Berufsberatung, Psychopädagogische Betreuung, außerdem besteht die Möglichkeit, die Schulprogramme den lokalen Gegebenheiten anzupassen), um der Reform zu einem gewissen Erfolg zu verhelfen. Die Erfahrungen, welche mit der bisherigen SVP-Kulturpolitik im allgemeinen und im besonderen auf dem Gebiet der Mittel- und Oberschulen gemacht werden konnten, dämpfen bereits jetzt zu hoch gesteckte Erwartungen.

Trotzdem soll der Versuch unternommen werden, einige Mängel an unseren Oberschulen anzuzeigen und eine breitere Diskussion darüber anzuregen. Hier können aber nur einige der wichtigsten Probleme aufgeworfen werden. Was den Deutschunterricht betrifft, so wurde dieses Thema schon ausführlich von Elisabeth Höglinger im Skolast Nr. 2/1977 und Nr. 1/1978 behandelt. Wir wenden uns deshalb zuerst dem Italienischunterricht zu.

Der Italienischunterricht muß wesentlich verbessert werden

Die Bedeutung der Zweisprachigkeit in unserem Land braucht wohl nicht mehr besonders hervorgehoben werden. Es muß aber betont werden, daß die Italienischkenntnisse bei den Ober-

schulern sehr unterschiedlich sind und daß sich diesbezüglich ein starkes Stadt-Land-Gefälle bemerkbar macht (siehe Kurt Egger, Zweisprachigkeit in Südtirol). Dieses Problem muß natürlich vorrangig in den Pflichtschulen gelöst werden und hierfür gibt es bereits einige Ansätze, vor allem mit der Entwicklung von Unterrichtseinheiten.

Zur Aufwertung des Italienischunterrichts an den Oberschulen ist eine grundlegende Reform der Programme notwendig. Die Gesellschaft und Kultur des heutigen Italien müssen in den Mittelpunkt gerückt werden, wobei auch die entsprechenden geschichtlichen Bezüge aufgezeigt werden sollten. Doch gilt es auch den Alltagsbereich und die Massenedien stärker zu berücksichtigen. In den ersten Klassen sollten durch Intensivkurse besonders die Schüler vom Land auf das notwendige sprachliche Mindestniveau gebracht werden. Die mit der Reform vorgesehenen Stütz Kurse, welche an die Stelle der Nachprüfungen treten sollten, können in diesem Fall bereits mit Schulbeginn einsetzen. Um dem Fach Italienisch die notwendige Bedeutung einzuräumen, sollten bei der Matura alle Kandidaten eine schriftliche und mündliche Prüfung in diesem Fach ablegen. Bei gegenwärtiger Matura wird höchstens ein Viertel der Kandidaten mündlich in Italienisch geprüft, während die schriftliche Prüfung zur Zeit vollkommen wegfällt. Die gleiche Forderung gilt auch für den Deutschunterricht an den italienischen Oberschulen in Südtirol.

Das Recht auf Bildung sichern

Die SVP sieht mit Besorgnis, daß der Zustrom von Jugendlichen zu den Oberschulen ständig zunimmt und dies ist bereits bei verschiedenen Anlässen klar ausgedrückt worden (Landesrat Anton Zelger, Ein Jahr autonomer Schulverwaltung, „Dolomiten“ 15/16. Jänner 1977, Nr. 10 oder Bericht zur Situation der Maturanten an den deutschen Schulen Südtirols, Schuljahr 1976/77, Abteilung III: Unterricht und Kultur für die deutsche und ladinische Sprachgruppe, Südtiroler Landesregierung, ohne Datum, vervielfältigte Schrift des Amtes). Es werden gleichzeitig auch Maßnahmen in Aussicht gestellt, um diesen Zustrom einzudämmen. Diese Einstellung wird damit begründet, daß für eine steigende Zahl von Diplomierten und Akademikern nicht genügend Arbeitsplätze

im Land vorhanden sind. Diese Befürchtungen sind teilweise begründet und vor allem durch Fehlentscheidungen, sei es auf wirtschaftlichem wie auf schulischem Gebiet, hervorgerufen worden. Hinter solchen Äußerungen steckt aber auch die Bildungsfeindlichkeit vieler Kreise der SVP.

Auf die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, freier Berufswahl und Schulbildung kann hier nicht eingegangen werden. Doch muß das Recht auf Bildung, also auch auf Oberschulbildung, besonders für die begabten Kinder der Minderbemittelten auch in Zukunft durch entsprechende Maßnahmen, wie Schülertransport, Stipendien, Heimplätze, Mensen, Aufenthaltsräume und andere Unterstützungsmaßnahmen voll gesichert werden.

Mit der Reform Fehlentwicklungen gegensteuern

Mit der Oberschulreform ergibt sich auch die Möglichkeit, einige Fehlentwicklungen aufzufangen, die sich bei den Oberschulen auch in Südtirol schon klar abzeichnen. Als Beispiel seien nur die zwei neuen Lehrerbildungsanstalten in Bräsen und Bruneck erwähnt, die unter dem Druck der Kirchturmpolitiker errichtet wurden, obwohl der Bedarf an Volksschullehrern stark sinkt und die Zahl der Volksschüler rückläufig ist. Mit der Reform werden die Lehrerbildungsanstalten abgeschafft und die Ausbildung der Volksschullehrer, wie in den meisten europäischen Staaten, auf eine Hochschule verlegt.

Auch die kaufmännischen Lehranstalten sollen abgeschafft werden. Die zwei- und dreijährigen Kurse werden auf das Land übergeben. Die als „Versuchskurse“ geführten 4. und 5. Klassen, die mit ihren unmöglichen Programmen eine der fragwürdigsten schulischen Einrichtungen darstellen, werden hingegen endlich verschwinden. Auch die anachronistischen Frauenoberschulen sollen abgeschafft werden.

Die Programme müssen auf die lokalen Verhältnisse abgestimmt werden

In verschiedenen Fächern hätte man längst die vom Autonomiestatut gegebenen Möglichkeiten nutzen und die Programme den besonderen Verhältnissen in unserer Provinz anpassen können. Als bestes Beispiel seien die Geschichtsprogramme erwähnt, die eine ausführliche Behandlung der modernen Geschichte nicht zulassen, wodurch notgedrungen auch die lokale Geschichte in vollkommen unzureichender Weise behandelt wird. Da neue Programme auch für einen bestimmten Zeitraum erprobt werden sollen, hat man wertvolle Zeit verloren.

Mit der Reform soll der Unterschied zwischen berufsorientierten und allgemeinbildenden Oberschulen fallen

Alle Richtungen der neuen einheitlichen Oberschule sollen zum Weiterstudium auf einer Universität und gleichzeitig auf einen Beruf vorbereiten. Der Unterschied zwischen dem humanistischen Lyceum als Schule der Elite und der Lehrerbildungsanstalt sowie den laufmännischen Lehranstalten als Schulen der unteren Schichten soll also fallen. Da mit der Reform auch gleichzeitig praktische Tätigkeiten in der neuen Oberschule vorgesehen sind, ergeben sich dadurch in Südtirol beachtliche Möglichkeiten. In Zusammenarbeit mit den Landesberufsschulen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und anderen Institutionen können in unserer Provinz leichter als im übrigen Staatsgebiet die Voraussetzungen geschaffen werden, daß sich die Jugendlichen mit dem Besuch einer Oberschule auch praktische berufliche Fähigkeiten aneignen können. Wenn die mit der Reform angestrebte Verbindung zwischen Schule und Arbeitswelt tatsächlich gelingt, ist auch ein weiteres Anwachsen der Oberschülerzahlen sicher zu verkraften und wird eine wichtige kulturelle Bereicherung für unser Land darstellen.

Ein „neues“ Lernen

Die Reform der Oberschulen muß noch zu einem „neuen“ Lernen führen. Die Jugendlichen sollen lernen, sich kritisch und selbständig Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen sowie ihre Persönlichkeit und ihr soziales und demokratisches Verhalten bilden. Hierzu sind Einrichtungen wie Bibliotheken, Versammlungsräume, Sprachlabors, Turnsäle usw. notwendig, die heute noch vielfach fehlen. Vor allem aber braucht es eine ständige fachliche und didaktische Weiterbildung der Lehrkräfte. Zu diesem Zweck hätte schon längst ein öffentliches Pädagogisches Institut geschaffen werden müssen, wie es in den Erziehungsverordnungen von 1973 vorgesehen ist. Das zur Zeit als privater Verein bestehende Pädagogische Institut hat sich als eindeutiger Versager erwiesen.

Wenn das öffentliche Pädagogische Institut endlich in den kommenden Jahren gegründet wird, hat es eine Vielzahl von Aufgaben zu erfüllen, die Fortbildung der Lehrkräfte, die Betreuung von Schulversuchen, die Erstellung von Unterrichtsbehalten usw. Diese Fülle von Aufgaben rechtfertigt die von der Südtiroler Hochschülerchaft, von den Oppositionsparteien und anderen demokratischen Kräften geforderte Schaffung einer universitären Einrichtung in Südtirol, die gerade auf schulischen Bereich und auch in der Erwachsenenbildung wesentliche Aufgaben erfüllen könnte.

Zum Abschluß muß noch folgendes betont werden: Erfahrungen aus anderen Ländern (z. B. Niederlande) zeigen, daß eine erfolgreiche Schulreform von den Beteiligten getragen und mitgestaltet werden muß. Die Bereitschaft, welche die Landesregierung auf diesem Gebiet bis heute gezeigt hat, ist nicht gerade ermutigend. Für die Lehrkräfte besteht deshalb die Notwendigkeit, sich besser zu organisieren und durch ein gemeinschaftliches Vorgehen der Gewerkschaften ihre Verhandlungskraft zu stärken.

Helmuth Ladurner

Pädagogisches Institut in Südtirol

1. Der Ruf nach Demokratisierung der Schule impliziert nicht nur die Verwirklichung von Chancengleichheit für die Benutzer dieser Institution, sondern reicht tiefer und verlangt grundlegende Veränderungen auf allen Ebenen der Strukturen und Interaktionen im System Schule. Die traditionelle Beziehungshierarchie des Lehrers, einerseits als autoritätsbeisetzend dem Schüler, andererseits als autoritätsunterworfen der Leitung gegenüber, löst sich in ein Interaktionssystem zwischen Lehrenden und Lernenden auf, in welchem die beiden Beziehungspole dauernd austauschbar werden. Alle sind, jeweils verschieden akzentuiert, Lehrende und Lernende; jeder der zur Erweiterung des Informationsstandes, des Problemhorizontes und des kritischen Bewußtseins beiträgt, ist Lehrender, wer im Kommunikationsfluß diese Bereiche seiner Persönlichkeit erweitert, ist Lernender.

Dieses Lehren-Lernen-Verhältnis verwickelt sich auf der Ebene der Gruppe und jener der Individuen: beide sind gegenseitig abhängige Variablen des Gesamtsystems Lehren-Lernen. Wer die individuelle Erarbeitung nicht beherrscht, wirkt auch in der Gruppe nicht optimal und umgekehrt.

Wenn nun jeder Lehrender und Lernender im System Schule ist, muß auch jene Komponente, die aufgrund des erarbeiteten und erworbenen Vorgesprächs an Information — und Problembewußtsein (der traditionelle Lehrer) wiederum zum Lernenden werden: die Lehren-Lernen-Struktur auf der Ebene der Beziehung Schüler — Lehrer ist wichtig, aber nicht ausreichend. Die berufliche und kulturelle Weiterbildung muß auch auf einer anderen Ebene abgewickelt werden — der Lehrer wird zum Schüfer, da die Kommunikation- und Interaktion in der Gruppe (und individuell) seinen Erfahrungs-, Problem- und Wissenshorizont erweitern.

Damit stellt sich die Frage, wie demokratische Unterrichtsformen auf dieser Ebene verwirklicht werden können (Demokratisierung der Weiterbil-

Für die Oberschüler muß als erster Schritt für eine bessere Vertretung ihrer Forderungen die Kommunikation in den Schulen und zwischen der verschiedenen Schulen verbessert werden. Ein wichtiges Kommunikationsmittel könnte eine *Oberschülerzeitung* sein, die mit Unterstützung der Hochschülerchaft erscheinen könnte. Dieser Vorschlag kann bis zum Herbst schon verwirklicht werden und dann den Peterlinis und Fabis den Alleinvertragsanspruch der Oberschüler streitig machen.

dung), wie Strukturen zu schaffen sind, die die Teilnahme aller gestatten (Regionalisierung der Weiterbildung) und wie das Angebot die jeweils neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft einarbeiten kann (Wissenschaftlichkeit der Weiterbildung).

2. Die Verwirklichung dieser Forderungen kann nun auf unterschiedliche Weise erfolgen, das heißt von einer zentralen Behörde bis zur individuellen Weiterbildung reichen (Taylor, 71).

In Italien soll durch die Schaffung von pädagogischen Instituten auf regionaler Ebene eine Struktur aufgebaut werden, die einerseits die Partizipation der Lehrer gestattet, andererseits eine zu große Zersplitterung der Kräfte vermeiden will (Taylor, 49).

Da nun die Südtiroler Landesregierung die sekundäre Kompetenz auf diesem Sektor besitzt (), wurde bereits vor zwei Jahren eine Landeskommission unter dem Vorsitz von Frau Direktor Dr. Ambach mit der Ausarbeitung von Richtlinien für das Pädagogische Institut in Südtirol betraut, die im Juli 1976 den zuständigen Assessoren den Schlussbericht übermittelten. Eine gesetzliche Regelung dieses für Südtirol äußerst wichtigen Bereiches, ist allerdings bis heute nicht erfolgt.

3. Welche Grundsätze müssen nun einem Pädagogischen Institut in Südtirol zugrunde gelegt werden, damit die an den Schulen des Landes anstehenden Probleme im Sinne einer demokratischen Mitarbeit der Betroffenen bewältigt und die notwendigen Innovationen auf allen Schulstufen sichergestellt werden können?

Das Pädagogische Institut nimmt eine Mittlerstellung ein zwischen der Lehrkraft, deren Probleme und Fragestellungen von der Praxis her bestimmt werden und dem Wissenschaftler, der für diese Probleme aus einer übergreifenden Sicht Lösungsvorschläge und Modelle ausarbeitet.

Darüberhinaus ergeben sich Forderungen an das pädagogische Institut in Südtirol, die sich aus der besonderen sprachlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Situation des Landes

herleiten und die durch eigene, über die Inhalte und Lösungen des Staatsdekretes hinausreichende Maßnahmen und Strukturen bewältigt werden müssen.

4. Bereits die Festlegung der äußeren Struktur weist auf diese besonderen Gegebenheiten in Südtirol hin. Das gesamte Schulwesen, vom Kindergarten bis zur Sekundarschule, die Schulverwaltung und — bezogen auf die zwei großen Sprachgruppen des Landes — auch die Schulpolitik sind nach ethnischen Gruppen klar getrennt. Als verwaltungsmäßige Bindeglieder zwischen diesen drei Schulsystemen fungieren derzeit der Landesschulrat und in gewisser Weise auch der Landesausschuß. Es wäre naheliegend, diese klare Trennung auch auf der Ebene der Bildungsforschung und der Weiterbildung fortzusetzen. Trotzdem gibt es gewichtige Einwände gegen einen solchen Vorschlag, die eine Differenzierung in einer Einheit günstig erscheinen lassen.

Wenn die Schule in einem engen Zusammenhang zur gesellschaftlichen Wirklichkeit stehen soll, und diese Wirklichkeit mit dem Begriff der drei Sprachgruppen definiert wird, dann kann die Schule nicht an dieser Wirklichkeit vorbeikonstruiert werden. Es soll hier nicht das Problem der gemischtsprachigen Schulen erörtert, es soll damit nur ausgesagt werden, daß die Trennung der Schulen nach den drei Sprachgruppen nicht auf allen Ebenen in gleicher Weise verwirklicht werden kann und soll.

Die Schulpolitik in Südtirol muß, bei Wahrung des jeweiligen autonomen Rahmens, nach Grundsätzen ausgerichtet werden, die für alle drei Volksgruppen Geltung haben müssen und so eine weitgehend einheitliche Entwicklung gewährleisten²⁾.

Damit im Zusammenhang steht auch die Frage, ob die Aufgaben des Pädagogischen Institutes nicht auch zum Teil oder zur Gänze in einigen Bereichen gemeinsam abgewickelt werden können. So dürfte die Erarbeitung eines Weiterbildungsprogrammes z. B. für Mathematiklehrkräfte weitgehend auf alle drei Schulsysteme des Landes anwendbar sein.

Eine gemeinsame Struktur würde auch finanzielle Vorteile mit sich bringen, da z. T. Personal und Material eingespart werden kann. Es wäre nicht sinnvoll, zwei unabhängige Bibliotheken (eine für das deutsch-ladinische Pädagogische Institut und eine für das italienische Pädagogische Institut) einzurichten, wenn man überdies bedenkt, daß der Großteil der Veröffentlichungen in englischer Sprache abgefaßt ist.

Eine Zwei- oder Dreiteilung des Pädagogischen Institutes könnte überdies die bereits gegebenen Berührungspunkte zwischen dem deutschen und dem italienischen Schulsystem des Landes (Unterricht der zweiten Sprache) nicht bewältigen; das ladinische Schulsystem mit seiner paritätischen

Sprachregelung im Unterricht würde bei einer vollständig getrennten Struktur überhaupt herzustellen.

Die Konstruktion eines Pädagogischen Institutes mit gemeinsamen Einrichtungen (Bibliothek, Mediothek), mit autonomen Sektionen (deutsche, italienische, ladinische), mit einem gemeinsamen Verwaltungsrat und einem gemeinsamen Institutsrat würde die hier kurz dargestellten Probleme am besten bewältigen, sie würde überdies die Erstellung und Durchführung von Weiterbildungs- und Forschungsprogrammen in weitgehender Autonomie sichern und doch ein totales Auseinanderstreben der drei Schulsysteme des Landes verhindern.

5. Hinsichtlich der rechtlichen Stellung des Institutes sollen drei Forderungen erfüllt werden:

- Öffentlichkeit
- Flexibilität bei der Durchführung der Arbeiten
- keine unmittelbare Weisungsbefugnis von Seiten der Schulpolitik und der Schulverwaltung.

Die Körperschaften öffentlichen Rechts mit Verwaltungsautonomie kommen am besten diesen Forderungen entgegen, sie sichern die Öffentlichkeit, sie ermöglichen eine weitgehende unbürokratische Arbeitsweise und sie gestatten nicht, da sie Verwaltungsautonomie besitzen, den dauernden Eingriff von Schulpolitik und Schulverwaltung in die eigene Tätigkeit³⁾.

Der Zusammenhang zwischen dem Pädagogischen Institut und der Schulpolitik und Schulverwaltung ist durch den Verwaltungsrat gegeben. Was vermieden werden soll, ist nicht die Einflußnahme von Schulpolitik und Schul-

verwaltung auf die Tätigkeiten des Pädagogischen Institutes — das Pädagogische Institut hat auch Bedürfnisse dieser Stellen zu berücksichtigen —, sondern das dauernde Eingreifen in die Tätigkeiten des Pädagogischen Institutes, das die Arbeit dann zu sehr dem politischen Tagesgeschehen aussetzen und eine systematische Aufbauarbeit verhindern würde.

Dieser für die autonomen Sektionen des Pädagogischen Institutes gemeinsame Verwaltungsrat, der die Verbindung zwischen der Landesverwaltung und dem Landtag einerseits und den Wissenschaftlern im Institut andererseits herstellt, soll ein gemischtes Gremium von Politikern und Fachleuten sein, das die Richtlinien für die Tätigkeit des Pädagogischen Institutes festlegt, die Jahresprogramme verabschiedet und die Kontrolle ausübt. Die Besetzung erfolgt durch Ernennung von Seiten des Landesausschusses und des Landesschulrates sowie durch Wahl von Vertretern unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Institutes.

6. Die innere Struktur könnte einerseits, den Vorstellungen des Staatsgesetzes folgend, eine Gliederung nach den Schulstufen und Schultypen aufweisen oder andererseits auch eine Gliederung nach Fächergruppierungen. Da das Trennen des Schulsystems in verschiedene Schulstufen — zumindest im Pflichtschulbereich — obsolet geworden ist, wäre eine Gliederung nach Fachbereichen sinnvoller, da sie viel besser ein mehrjähriges Aufbauprogramm in der Weiterbildung für die einzelnen Bereiche ermöglichen würde. Gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen z. B. des Pflichtschulbereiches — eine unabhängige Forderung für



Molto fumo — poco arrusto

eine organische Unterrichtstätigkeit
— können zur Regel werden.

7 Eine zentrale Fragestellung, die eng mit den bereits erörterten Punkten zusammenhängt, ist die Rekrutierung des wissenschaftlichen Personals und der Mitarbeiter im Pädagogischen Institut. Hier müssen verschiedene Ebenen unterschieden werden:

a) wissenschaftlicher Lehrer: er soll in der Regel aus dem Universitätsbereich herkommen; dienstrechtlich soll er nicht den Beamtenstatus einnehmen, sondern in Form eines mehrjährigen Auftrages (z. B. 5 Jahre) mit einmaliger Verlängerbarkeit angestellt werden. Die Höhe der Bezüge hat sowohl seine wissenschaftlichen Qualifikationen als auch diesen dienstrechtlichen Status zu berücksichtigen.

b) wissenschaftliche Mitarbeiter: sie sind entweder fest angestellte Personen oder von der Schule abkommandierte Lehrkräfte mit den entsprechenden wissenschaftlichen Qualifikationen. Eine gleiche besetzungsmäßige Behandlung der abkommandierten Lehrkräfte mit den Angestellten muß sichergestellt werden.

c) Verwaltungspersonal: sind vom Institut festangestellte Personen.

d) teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte: diese Kategorie ist besonders wichtig für eine effiziente Weiterbildung, da sie die Promotoren von Weiterbildungsveranstaltungen auf lokaler und Schulebene werden. Da diese teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte (durch teilweise Freistellung vom Unterricht) nicht länger als für die Durchführung eines Projektes beschäftigt werden sollen (Rotationsprinzip), kann innerhalb eines Jahrzehnts bereits auf diesem Wege die berufliche Weiterbildung einer größeren Anzahl von Lehrkräften sichergestellt werden. Außerdem würden sich aus dieser Gruppe die wissenschaftlichen Mitarbeiter rekrutieren. Sie bilden auch zahlenmäßig die stärkste Gruppe und sollen den notwendigen engen Zusammenhang zwischen Unterrichtsforschung und Unterrichtspraxis wahren. Damit wird das Pädagogische Institut zum Brennpunkt für die verschiedensten Aktivitäten an der Basis und sichert dadurch auch eine Koordinierung dieser Aktivitäten und deren Vermittlung an andere Gruppen, die vielleicht zu üblichen oder gleichen Fragestellungen arbeiten.

Diese Struktur verwirklicht am besten die im Staatsdekret Nr. 419 dargelegten Grundsätze für die Pädagogischen Institute, einerseits koordinierende und beratende Funktionen bei der Durchführung von Schulversuchen im weitesten Sinne auf lokaler Ebene wahrzunehmen, andererseits selbst initiativ zu werden (Art. 9). Die Theorie der Weiterbildung soll zentral erarbeitet, die Umsetzung in die Praxis dezentralisiert abgewickelt werden; beide Pole müssen aber durch Rückkoppelung verbunden bleiben.

3. Zusammenfassung

Die Bedeutung der Weiterbildung, im besonderen der Lehrerweiterbildung, wird von allen Gremien, die sich mit Schul- und Bildungsproblemen beschäftigen, unterstrichen⁴⁾. Umso dringender zeigt sich die Notwendigkeit eines solchen Instituts in Südtirol, vor allem im Bereich der deutschen Schulen, aus folgenden Gründen.

— die hohe Anzahl an Lehrkräften ohne gültigen Studientitel (jede fünfte Lehrkraft im deutschen Schulsystem nimmt die dienstrechtliche Stellung eines Supplementen ein)

— der junge Lehrerstand (jeder zweite Lehrer ist unter 30 Jahre alt)

— die geringe Unterrichtserfahrung (über die Hälfte der Lehrkräfte weisen zwischen 1 und 9 Unterrichtsjahre auf)

— die geringe formale Bildungshöhe (4 von 5 Lehrpersonen besitzen nur die Reifeprüfung, 10 Prozent davon nur den Pflichtschulabschluss).

Das bisherige Angebot auf dem Weiterbildungssektor in Südtirol weist drei große Mängel auf, die gerade durch das Pädagogische Institut beseitigt werden könnten:

— keine Kontinuität (Fehlen von Aufbauprogrammen)

— keine Evaluation (welche Wirkung hat überhaupt das Angebot)

— keine demokratische Struktur (Partizipation der Basis).

Die Funktionen des Pädagogischen

Instituts gehen aber über die Lehrerweiterbildung, wenn sie auch, vor allem in den ersten Jahren, das zentrale Arbeitsfeld bilden wird, weit hinaus: in gleicher Weise bedeutsam ist die Betreuung von Schulversuchen im weitesten Sinne an der Basis und die Durchführung von eigenständigen Forschungsvorhaben. Die Reformen des italienischen Schulsystems sind von der Schule in Südtirol nur dann umsetzbar, wenn die Lehrerschaft darauf vorbereitet und bei der Realisierung unterstützt wird. Das Pädagogische Institut kann sicherlich nicht alle Probleme lösen, die im Schulsystem anstehen, es kann jedoch die Voraussetzung dafür sein, daß überhaupt eine Lösung ermöglicht wird.

1) Gesetzliche Grundlagen: Gesetz Nr. 477 vom 30. Juli 1973, Art. 4, Punkt 3 D.P.R. Nr. 419 vom 31. Mai 1974 Durchführungsbestimmungen zur Schule (D.P.R. Nr. 116)

2) Dieser Standpunkt findet seinen Niederschlag auch in den gemeinsamen Sitzungen des Landesschulrates bei Fragen, die jeweils nur eine Volksgemeinschaft betreffen, wie z. B. neue Schulstandorte usw.

3) Als Beispiel kann die Konstruktion der RAS dienen (Landesgesetz Nr. 16 vom 13. Februar 1976)

4) „Lehrerbildung darf nicht auf Studium und Berufsausführung beschränkt bleiben. Hinzukommen muß ständige Weiterbildung während der Berufspraxis. Künftig wird der Weiterbildung des Lehrers ein immer stärkeres Gewicht zukommen. Ohne Weiterbildung ist der Lehrer nicht in der Lage, mit der inhaltlichen und methodischen Entwicklung seiner Wissenschaft Schritt zu halten. Weiterbildung des Lehrers gehört somit zu seiner Berufsaufgabe.“ (Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 227)

“L'aggiornamento è un diritto — dovere fondamentale del personale ispettivo, direttivo e docente. Esso è inteso come adeguamento delle conoscenze allo sviluppo delle scienze per singole discipline e nelle connessioni interdisciplinari; come approfondimento della preparazione didattica; come partecipazione alle ricerche e alla innovazione didattico-pedagogica...“ (D.P.R. Nr. 419, Art. 7).

Literaturhinweise

Deutscher Bildungsrat, Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart 1971

Cives, Giacomo, Aggiornamento permanente dei docenti, Firenze 1977

Taylor, L. C., I centri per insegnanti e l'aggiornamento al livello locale del personale docente, Traduzione M. Rogozzoni, Mailand, hektographierte Ausgabe.

Arbeitsgruppe Sozialisationsforschung, Bildungsforschung in Südtirol, Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen, Schriftenreihe des Assessorates für Öffentlichen Unterricht und Kultur, Heft 12/1976, Reihe B — Forschungsberichte, Bozen 1976

Gutweniger u. a., Kastelruther Gespräche, Schriftenreihe des Assessorates für Öffentlichen Unterricht und Kultur, Heft 15/1976, Bozen 1976

Gastlauer, Peter, Forscher in Schulen: Auf dem Weg zu einem handlungsorientierten Ansatz in der Bildungsplanung, Analysen, Berichte, Materialien aus dem Projektbereich Volksschule, Schriftenreihe des Assessorates für Öffentlichen Unterricht und Kultur, Heft 5/1975, Bozen 1975

Gastlauer, Peter, Aspekte curriculärer Kompetenz in der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Lehrern, in Curriculum-Handbuch, HgB. Karl Frey, München 1975

Seidl, Peter, Organisationsentwicklung als Aufgabe der Bildungsplanung, Vorschläge zur Überwindung des Systems der Klassenwiederholungen durch schulfinterne Differenzierung, Schriftenreihe des Assessorates für Öffentlichen Unterricht und Kultur, Heft 7/1976, Bozen 1976

Der Südtiroler Jugendring

veranstaltet am

Freitag, den 5. Mai 1978

um 20.00 Uhr

im Vortragssaal des Wälderhauses Bozen

eine Podiumsdiskussion zum Thema

„Jugendbeschäftigung heute und morgen mit besonderer Berücksichtigung der Absolventen von Hoch- und Oberschulen“.

Referenten:

Dr. Christoph Amonn Präsident des Industriellenverbandes

Dr. Hans Rubner Landesrat für öffentliche Arbeiten und Arbeitsvermittlung

Hans Widmann Leitender Sekretär des ASGE

Dr. Anton Zelger Landesrat für Schule und Kultur

Grußwort von Landeshauptmann Dr. Sylvius Magnago.

Die Kollegialorgane

„Je mehr die Dinge verändert werden“, sagte einmal jemand über die Schule und ihre Reform, „umso mehr bleiben sie gleich“. Es gibt nicht wenige, die den zweiten Teil dieser Aussage so formulieren würden: „umso schlechter wird es“. Im deutschen Sprachraum registriert man solche Einstellungen — und man registriert sie — als Resignation, in Italien wohl vorwurfsvoller als „qualunquismo“.

Wie auch immer, fest steht, daß durch die Demokratisierung, Mitbestimmung oder Mitwirkung in der Schule, die in Italien durch die berühmten „decreti delegati“ in Angriff genommen werden sollte, nicht jene Fortschritte gemacht hat, die sich viele gewünscht hätten. Vor allem ist jene neue Schulphilosophie noch nicht deutlich zu Tage getreten, die doch bei der Einführung der „decreti delegati“ Pate gestanden hat. Jene Schule der Gemeinschaft, die von ihr getragen und inspiriert, sowohl inhaltlich als auch in den organisatorischen Bedingungen jene, die bisher von der Definition beider Aspekte ausgeschlossen waren, mehr berücksichtigt.

Institutionen, das sind soziale Erläuterungen, verfestigte Denkmuster, haben die Eigenschaft, relativ hartnäckig Veränderungen standzuhalten. Das gilt insbesondere für die Schule, von der wir wissen, daß Veränderungen, auch wenn sie von den Schulverwaltungen selbst ausgelöst werden, sich nur sehr langfristig auswirken.

Es hängt auf jeden Fall von den Machtverhältnissen innerhalb einer Gesellschaft ab, ob sich die Institutionen verändern, wie schnell und in welche Richtung. In Italien kann man ohne Zweifel feststellen, daß sich die faktische Macht der Arbeiterbewegung bzw. Organisationen, die sie vertreten, abgesenkt von allen Regierungskonstellationen, in den letzten zehn Jahren erheblich vergrößert hat. Das hat sich auch auf der Ebene des Wissenschaftsbetriebes und des kulturellen Lebens im allgemeinen ausgewirkt. Und so ist es — zumindest teilweise — zu nachhaltigen und schwer rückgängig zu machenden Neu- bzw. Umdefinitionen von Institutionen gekommen. Man denke etwa an die Justiz, die Medizin, die Psychiatrie, das Militär, die Kirche und natürlich auch an die Schule.

In Südtirol ist die Situation anders. Hier hat das Schulwesen — vor allem aus deutscher Sicht — eine eminente Bedeutung für die Erhaltung und Festigung der ethnischen Minderheit. Überhaupt werden alle sozialen Lebensbereiche unter der Aufsicht einer Partei vorrangig unter dieser Zielsetzung gesehen. Und mit der Notwendigkeit oder Nützlichkeit der Erneuerung

bzw. der Neuerichtung einer Institution aus triftig dargelegten Gründen — siehe Universität — noch so evident und auch von breiten Bevölkerungsschichten geteilt sein; wenn dies der politischen Führung unter ethnischen Gesichtspunkten nicht plausibel erscheint, lehnt sie es kraft ihrer Macht ab. Natürlich wäre im einzelnen zu prüfen, ob die Einwände ethnischer Natur Vorwände für andersartige Bedenken sind. Die Bereitschaft der Bevölkerung, die Entscheidung von Fragen, die einmal als ethnisch relevant „erkannt“ wurde, an die politische Führung zu delegieren, ist schließlich doch groß, und das nicht nur bei solchen Fragen.

Neuerungsbestrebungen im Schulbereich, die aus dem Süden kommen, werden von unserer politischen Führung stets als bedrohlich empfunden, als Ausdruck einer fremden italienischen Mentalität und so weiter. Oder sie werden ignoriert. Es wäre jedoch unschwer nachzuweisen, daß es ähnliche Bestrebungen auch in unserem „Mutterkulturräum“ gibt.

Der Kritik von „Innen“ wird häufig mit dem Hinweis auf die großen Aufbaumängeln nach dem Kriege begegnet.

Es wurde schon des Öfteren festgestellt, daß die italienische Schulgesetzgebung erhebliche Spielräume für Schulversuche auf einigen Gebieten zuläßt. Und die italienische Bildungslandschaft weist in der Tat eine große Vielfalt auf, von Sizilien bis hinauf ins Trentino. Im nahen Rovereto funktioniert seit Jahren in Vorwegnahme der Oberschulreform ein Versuchsbiennium für die Schulstufen neun und zehn.

In Südtirol ist es bisher — soweit man erfahren kann — nur zu vereinzelten kleineren Projekten gekommen. Und man kann sich gewiß nicht auf mangelnde Kompetenzen hinausreden. Andererseits kann man wohl auch nicht der Landesregierung die ganze Schuld geben, daß sie so etwas aktiv verhindern würde. Denn ausgehen müssen solche Initiativen ja hauptsächlich von Lehrern, Eltern, Direktoren, Gemeinden usw.

Was nun die „decreti delegati“ angeht, so hat die Landesregierung diese im wesentlichen unverändert übernommen. Hier kann auf die Bestimmungen im einzelnen nicht eingegangen werden, wiewohl sie nicht als bekannt vorausgesetzt werden können. Es handelt sich in jedem Fall um ein schulpuristisches Monsterwerk, das schmerzlich auf der ganzen Welt suchen dürfte. Und was dem Fachmann laßgriff kohärenter Durchsichtigkeit sein kann, wird von den anderen oft als entmündigender Paragraphenschwanz

empfunden. Man sollte nicht generalisieren. Aber wenn man sich in Kollegienkreisen und auch bei Eltern umhört, so gewinnt man den Eindruck, daß die neuen Bestimmungen weniger in Funktion einer besseren arbeitsbezogenen Tätigkeit wirksam sind, vielmehr scheinen die administrativen und bürokratischen Aktivitäten sich zu verabsolutieren. Die Wahlberechtigung war bei den zweiten Wahlen im Jahre 1976 gegenüber den ersten im Jahre 1975 fast durchwegs rückläufig. Die ersten Wahlen standen im Zeichen der Neuheld und der Auseinandersetzung zwischen den großen politischen Lagern, mit entsprechender Mobilisierung durch Parteien, Gewerkschaften, Familienverbände und Kirche. Die Wahlplattformen erwiderten nicht selten direkte Allverwaltsforderungen, die eher der Landtagsfigur des Politikers zukamen als dem im Umgang mit jungen Menschen Tätigen. Über die Ursachen des Rückganges in der Wahlbeteiligung wurde viel geredet, allerdings bereite dies weniger der Schulbürokratie Sorge als vielmehr jenen, die sich um die Früchte ihres Einsatzes betrogen sahen. Isolierung der Delegierten, mangelnde Beteiligung der Basis, schlecht durchdachte und unrealistische Strategien werden häufig als Ursachen genannt.

Der mangelhaften Ausbildung der Lehrer, der materiellen Verzerrung der Schule und den veralteten Programmen kann ein Schirat oder ein Klassenrat beim besten Willen nicht effektiv Abhilfe schaffen.

„Die Hoffnung, die Schule könne die bedeutenden Probleme von „draußen“ hereinholen oder sie einfach in sich abbilden, ist eine Illusion. Das gelingt nicht einmal in den Oberklassen. Wo es aber keine notwendigen, bedeutenden, die Schule überschreitenden Aufgaben gibt, gibt es keine haltbare, keine lebende Sozietät. Was da in den Schulen nicht gelingt, ist zu einem großen Teil dort nicht möglich und schon gar nicht heilbar.“ (H. von Hentig)

Sehr unstritten war in der Diskussion um die Kollegialorgane die Beteiligung der Eltern. Von links wird gegen eine Vertretung der Schulleitern eingewendet, daß die Eltern ein Hemmnis für die Reform der Schule und dann auch der Gesellschaft seien, da sie das Instrument der tatsächlichen Reproduktion der Gesellschaft seien. Die Schule dagegen das Instrument der möglichen Veränderung. Anstatt der Eltern müßten daher die sozialen und kulturellen Kräfte in der Schule vertreten sein. Bei den Schulleitern wären überdies in der Regel nur Angehörige der oberen Sozialschicht vertreten. Von der Gegenseite wird dem gegenüber das Recht der Eltern auf Erziehung der Kinder ins Feld geführt. Tatsächlich wird das Elternrecht von den konservativen Kräften immer dann verwendet, wenn es gilt, Veränderungen, Reformen, als unzulässige Gefahren abzuwehren (vgl. Schulbuchrat der Südtiroler

Landesregierung). Dazu kommt noch, daß die Eltern meist von höheren Instanzen dazu angehalten werden, „ihr Recht wahrzunehmen“. Von denselben Kräften wird den Eltern dann, wenn sie von sich aus alternative und konstruktive Vorschläge machen, die Kompetenz abgesprochen.

Wenn man den wenigen Untersuchungen Glauben schenken will, die bisher in Italien zu den Erfahrungen mit den „decreti delegati“ veröffentlicht wurden, läßt sich in bezug auf die Eltern folgendes sagen:

1. Die Schichtzugehörigkeit der gewählten Elternvertreter hat sich gegenüber den „comitati scuola-famiglia“ (Vorgänger der neuen Gremien) zugunsten der unteren Bevölkerungsschichten verändert.
2. Man kann nicht generell behaupten, daß die Eltern ihre Hauptaufgabe in den Gremien darin sehen, sich um das Fortkommen ihrer eigenen Kinder zu bemühen bzw. daß sie die Koalitionspartner der Direktoren und Lehrer zum Zweck der Disziplinierung der Schüler seien. Aber es ist noch immer so, daß die Eltern aus höheren Sozialschichten überrepräsentiert sind.
3. Die Eltern, die in den Schulgremien vertreten sind, sind zu einem großen Prozentsatz — er wird auf nahezu 60% geschätzt — aktive Mitglieder

in Parteien, Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen. Das legt die Überlegung nahe, daß die Schule von diesen Organisationen als Feld der Ausdehnung ihres Einflusbereiches angesehen wird.

Wichtig wäre, daß die Eltern in der Lage sind, ihre eigenen Bedürfnisse, Wünsche und Ängste im Hinblick auf die Schule wahrzunehmen, zu akzeptieren und vorzubringen, sowie die Bedürfnisse und auch die Schwierigkeiten der anderen Partner (Schule, Lehrer) zu sehen und in ihr Handeln einzubeziehen. Das erst macht eine wirkliche Öffnung der Schule möglich. Es führt aus jenem Schema heraus, das bisher die Beziehung zwischen Schule und Elternhaus geprägt hat. Diese Beziehung hatte als Kernpunkt die in Noten ausgedrückte Schulleistung, deren Bewertung dem Lehrer in alleiniger Zuständigkeit übertragen ist. Völlig ausgeschlossen waren die Bedingungen und die Prozesse der Produktion dieser Leistung und ihre Voraussetzung. Die Eltern werden als Gesprächspartner in eine völlig passive Rolle gedrängt. Zwar fühlen sich in letzter Zeit immer mehr Lehrer in diesem Monopol bedroht, weil sie ihre — besonders die schlechten — Noten ausführlicher begründen müssen. Sie fühlen sich in ihrem Selbstwertgefühl gekränkt, wozu natürlich auch andere Faktoren beitragen. Oder sie identifizie-

ren sich mehr oder weniger bewußt mit dem „Aggressor“, das ist die Massenschule, die unter Aufrechterhaltung der überkommenen Bildungskanons „allen“ einen Studienabschluß verteilten sollte. All dies wirkte sich nicht positiv auf ein besseres Verhältnis zwischen Lehrern und Eltern aus.

Man hört Klagen von Direktoren über ihre Machtlosigkeit gegenüber Lehrern, die ihre Unfähigkeit bzw. ihren mangelnden Arbeitswillen — nach Meinung der Direktoren — mit ideologischen Argumenten rechtfertigen und den Direktor, der dagegen protestiert, als autoritär bezeichnen.

Wieder soll vor Generalisierungen gewarnt sein. Aber in so manchen Kollegien herrscht die Klima des Mißtrauens. Die offene, argumentative Auseinandersetzung über Probleme der täglichen Arbeit (Belastung der Schüler, Beurteilung, didaktische Vorstellungen) wird jenseits der vorgesehenen Kollegialorgane durch einen Kampf gegeneinander auf Distanz um die Gunst der Schüler oder des Direktors geführt. In den Gremien verschänzt man sich hinter hehren Prinzipien, die man aus der Literatur bezieht. Dabei erweist man sich als völlig unfähig, diese Gegensätze aufzulösen. Im Gegenteil, man pflegt sie. So werden einem die viel unangenehmeren Auseinandersetzungen um die kleinen, kümmerlichen Dinge des Alltags abgenommen. Was die Kollegen brauchen, wäre Politik, verstanden als bewegliche Regelung gemeinsamer Angelegenheiten, Entscheidungen aufgrund sachlicher Überzeugungsprozesse und schließlich sinnvoller Koalitionen und Kompromisse.

Für die Schüler schließlich besteht die Gefahr, daß ihre Mitsprache nichts anderes ist als eine weitere Institution zum Zwecke ihrer „Dauerpädagogisierung“, unter der die Jugend ohnehin ziemlich leidet. Man sollte, um es mit Hartmut von Hentig zu sagen, die Mitsprache der Schüler nicht als den politischen Ernstfall ausgeben, der er nicht sein kann; dazu ist der Vorsprung der Lehrer zu groß, und diese wären selber unpolitisch, wenn sie ihn nicht nutzen. Wievielen Schülervertretern wird denn eigentlich bewußt, daß sie selbst etwas mitgestalten, daß sie ihre Wirkungsmöglichkeiten erweitern können? Wahrscheinlich wäre es für die Schüler besser, wenn man ihnen mehr organisatorische Mittel (Verfügung über Geld, Raum, Zeit, Vervielfältigungsapparate usw.) geben würde, als in Gremien bei der Programmgestaltung, bei Bewertungskriterien „mitzureden“, wo sie dann eher zu „Komplizen“ werden als wirkliche Chancen haben.

Um die Doppelstrategie: „Arbeit an der Basis“ und „Mitreden in Gremien“, — wobei das Erstere für die Schulhierarchie immer unangenehm ist, weil sie sie nicht vollständig kontrollieren kann — kommt keine Gruppe herum bei der Verfolgung und Durchsetzung gemeinsamer Ziele.

KOLLEGIALORGANE 78

A) ELTERN RAT

TAGESORDNUNG:

1. BLAH
2. BLAH
3. BLAH

B) PROFESSORENRAT

TAGESORDNUNG:

1. BLAH
2. BLAH
3. BLAH

C) SCHÜLER RAT

TAGESORDNUNG:

1. BLAH
2. BLAH
3. BLAH

D) ELTERN-PROFESSORENRAT

TAGESORDNUNG:

1. BLAH
2. BLAH
3. BLAH

E) PROFESSOREN-ELTERN RAT

TAGESORDNUNG:

1. BLAH
2. BLAH
3. BLAH

F) SCHÜLER - PROFESSOREN-ELTERN RAT

TAGESORDNUNG:

1. BLAH
2. BLAH
3. BLAH

UNTERSCHUL RAT

TAGESORDNUNG:

- 1) BLAH
- 2) BLAH
- 3) BLAH

ZWISCHENSCHUL RAT

TAGESORDNUNG:

1. BLAH
2. BLAH
3. BLAH

SCHUL RAT

TAGESORDNUNG:

1. BLAH
2. BLAH
3. BLAH

Der Landesschulrat

Am 30. Juli 1973 verabschiedete das Parlament das Gesetz Nr. 477, das der Schule Italiens eine demokratische Struktur geben sollte und den Rahmen für die von der Regierung innerhalb vorgesehener Fristen zu erlassenden Delegierungsdekrete bilden sollte. Während auf staatlicher Ebene das Delegierungsdekret Nr. 416, das die Bildung der Mitbestimmungsgremien regelte, erst am 31. Mai 1974 erlassen wurde, genehmigte der Südtiroler Landtag das Gesetz Nr. 70 „Errichtung des Landesschulrates“ schon am 2. November 1973, und nahm somit seine sekundäre Gesetzgebungskompetenz auf dem Schulsektor wahr, noch bevor der Staat irgendeine Durchführungsbestimmung zu den demokratischen Grenzen erlassen hatte. Diese Tatsache haben Mitglieder der Landesregierung später gern hervorgehoben, um darauf hinzuweisen, wie ernst es ihnen mit der Demokratisierung der Schule gewesen sei. Dies verwundert ein wenig, wenn man bedenkt, was da an Äußerungen über die neue Gesetzgebung des Staates zu hören war; wie da von Zerstörung der Schule geredet wurde, wie man da allenthalben die „Grenzen der Demokratisierung“ abzustecken versuchte und wie man das Gesetz Nr. 49, dem auf Staatsebene das Dekret Nr. 416, Art. 7—8 entspricht, und das die Mitbestimmungsgremien auf Schulebene vorsah, bis zum 5. August 1973 verzögerte. Dabei sind die Veränderungen gegenüber den staatlichen Bestimmungen so gering, daß sie in einer Gesprächsrunde zwischen Juristen, Schullehrern und Gewerkschaften in zwei Nachmittagen leicht wären auszuhandeln gewesen. Später hat man von zuständiger Seite offen zugegeben, daß die Eile bei dem genannten Landesschulratgesetz keineswegs von demokratischem Eifer herrührte, sondern daß man einfach möglichst schnell andere autonome Kompetenzen wahrnehmen wollte, die noch inzwischen an ein Gutachten des erst zu errichtenden Landesschulrates gebunden waren, nämlich die Errichtung der drei Landesschulämter. Für die Ernennung der Schulaufsicht der deutschen und ladrischen Schule ist nämlich ein Dreivorschlag der entsprechenden Sektion des Landesschulrates notwendig. Es soll hier nichts gegen die frühzeitige Errichtung der Landesschulämter gesagt werden; es muß aber vermerkt werden, daß es der Landesregierung und den sie tragenden Parteien immer sehr am Herzen liegt, ihre autonomen Befugnisse zu verteidigen, auszubauen und so schnell wie möglich zu konsolidieren, daß man die Weitergabe dieser Autonomie an die, für die sie eigentlich

gedacht ist, nämlich an die Bevölkerung, jedoch nach Möglichkeit verzögert oder verhindert.

Dies ist letztlich auch der Grund für die schlechte Qualität des Gesetzes Nr. 70, nicht etwa nur die Uile, mit der es verfaßt worden ist. Dies zeigt die Struktur, die Zusammensetzung und die Bescheidung der Kompetenzen gegenüber den staatlichen Bestimmungen für die Provinzialschulräte.

Struktur

Die Struktur des Landesschulrates, wie sie sich im Gesetz Nr. 70 präsentierte, war vor allem gekennzeichnet durch den politischen Vorsitz und durch das Fehlen eines Ausschusses. Die Hälfte der Dreijahresperiode sollte der Assessor für die deutsche Schule und Kultur den Vorsitz führen, die andere Hälfte sein Kollege für die italienische Schule und Kultur. Was das für ein Gremium, das zur Demokratisierung der Schule beitragen sollte und die Entscheidungen der Landesregierung und der Schulämter beeinflussen und kontrollieren sollte, bedeutete, ist wohl jedem klar. Der Assessor berief die Sitzungen ein und erstellte die Tagesordnung in Vereinbarung mit den Schulämtern. Die Geschäftsordnung mußte vom Landesauschuss genehmigt werden; die Sitzungen durften in keinem Fall öffentlich sein. Die Orientierungslosigkeit eines großen Teiles der Mitglieder, die weder durch eine lose noch durch eine festere Fraktionenbildung organisiert waren, ermöglichte zusammen mit der großen Zahl der von der Landesregierung ernannten und daher dieser verpflichteten Mitglieder das Jonglieren mit dem Gremium. Der Assessor konnte als Vorsitzender jederzeit das Wort ergreifen, jede Meinung zensieren und vor jeder Abstimmung seine gewichtige Meinung in die Waagschale werfen. Auf den Druck der Gewerkschaften hin mußte das Gesetz dann doch so abgeändert werden, daß der Landesschulrat einen gewählten Präsidenten und einen Ansschuß bekam, das heißt eine doch bedeutend demokratischere Struktur. Dies hatte allerdings zur Folge, daß die zuständigen Assessoren das Interesse am Gremium schlagartig verloren und es seitdem praktisch nicht mehr mit ihrer Präsenz beehrten.

Zusammensetzung

Wir brauchen hier nicht auf alle Einzelheiten der Zusammensetzung einzu-

gehen, jeder Interessierte kann sie im zitierten Gesetz nachlesen und mit den staatlichen Bestimmungen des Dekretes 416 vergleichen. Sicher ist in einem wie im anderen Fall die Sitzverteilung sehr kompliziert, und im Falle der Provinz Bozen wird sie noch dazu durch die Proporzbestimmungen fast unüberschaubar. Eines fällt jedoch sofort auf: der Landesschulrat hat unvergleichlich weniger direkt gewählte Mitglieder als der Provinzialschulrat auf Staatsebene. Und auch dies rührt nicht nur daher, daß bei uns eben zwei Assessoren und drei Schulamtsleiter von Rechts wegen im Landesschulrat sitzen, sondern weil bei uns neun meist von den Talschaften benannte Gemeindevertreter — beim Staat sind es dreißig — einen Sitz innehaben. Ferner sind bei uns vier Fachleute mit Sitz und Stimme — nach dem Staatsgesetz sind sie nur in beratender Funktion dabei. Auch der Vertreter der bischöflichen Kurie fehlt natürlich im staatlichen Provinzialschulrat. Dazu kommt noch, daß auch die drei Elternvertreter nicht gewählt, sondern aus Dreivorschlägen „der Familienverbände“ vom Landesauschuss ernannt werden. Sie können allerdings — „wenn errichtet“ —, wie es heißt, „auch nach Dreivorschlägen der Kollegialorgane“ ernannt werden. Ja, auch die Vertreter der Welt der Arbeit, vier Gewerkschafter und zwei Vertreter der Wirtschaft werden nicht direkt von ihren Organisationen ausgewählt und entsandt, sondern ebenfalls vom Landesauschuss aus Dreivorschlägen gewählt. Der wichtigste Faktor in der Zusammensetzung ist wohl der Schulbereich. Hier sieht das Rahmengesetz ein Minimum von 50 Prozent gewählter Vertreter der Lehrer vor. Im Provinzialschulrat der übrigen Provinzen sieht das so aus, daß effektiv 50 Prozent der Sitze gewählten Lehrvertretern zustehen, und daß die Direktoren auf eigenen Listen extra gewählt werden, so daß das Schulpersonal, zusammen mit dem nichtunterrichtenden Personal und dem Verwaltungspersonal der Schulämter über 60 Prozent der Sitze einnimmt. In unserem Landesschulrat sind die gewählten Lehrvertreter weit unter 50 Prozent, da Lehrer und Direktoren auf der gleichen Liste gewählt werden mußten. So wurden auf den Listen der Lehrer der deutschen Volksgruppe zehn Direktoren gewählt. Hier sind allerdings auch die Lehrer selbst schuld an ihrer geringen Repräsentation, da das Gesetz nur einen Sitz für Direktoren pro Schultyp vorschreibt.

Auf jeden Fall zeigt diese Zusammensetzung, daß man aus einem demokratischen Gremium mit technischem Einschlag, wie es das Rahmengesetz vorsieht, ein technisches Gremium mit demokratischem Zuckerguß gemacht hat. Die Gewerkschaften haben inzwischen detaillierte Vorschläge zur Zusammensetzung eingebracht, auf die

die Landesregierung noch nicht geantwortet hat.

Kompetenzen

In der Hülle, mit der dieses Gesetz gemacht wurde, konnte man nicht einmal die Kompetenzen des Gremiums einbauen und mußte daher auf ein erst zu erlassendes Gesetz verweisen. Im Gesetz über die Schulfürsorge vom 31.8.1974 und im Landesgesetz Nr. 49 vom 6.12.1976 werden diese Kompetenzen dann genau festgelegt. Im wesentlichen sind sie darauf beschränkt, daß der Landesschulrat obligatorische, aber nicht bindende Gutachten über die verschiedensten schulischen Materien abgeben kann und muß. Dies ist im wesentlichen auch bei den Provinzialschulräten der übrigen Provinzen der Fall, mit dem Unterschied, daß jene bindende Gutachten über alle jene Materien erstellen können, die der Schulamtsleiter in das Gremium bringen muß. Dies hat man dem Landesschulrat nicht zugestanden.

Arbeitsweise

Aufgrund der aufgezeigten Faktoren, wie Struktur, Zusammensetzung und Kompetenzen konnte die Arbeitsweise des Landesschulrates bis jetzt nur wenig zur Demokratisierung der Schule, zur Verbesserung schulischer Dienste und zur Bewältigung schulischer Probleme beitragen. Dies vor allem auch wegen der Nichtöffentlichkeit, die niemals die Argumente, son-

dern nur die gefilterten Resultate der Diskussionen an die Öffentlichkeit gelangen ließ, so daß die Resonanz in der Öffentlichkeit völlig fehlte. Zwar kommen jetzt nicht mehr nur Punkte auf die Tagesordnung, für die die Assessoren oder die Schulamtsleiter ein -- nach Möglichkeit positives -- obligatorisches Gutachten brauchen, aber das Gremium ist demnach so reichlich mit der Erstellung solcher Gutachten eingedeckt, daß es kaum zu anderen Diskussionen kommt. Daran konnte auch die Konstituierung des Ausschusses nicht viel ändern. So ist bis heute der Vorschlag, der Landesschulrat möge sich endlich einmal mit den Ergebnissen der Untersuchungen befassen, die im Auftrag der Landesregierung auf dem Gebiet der Schule durchgeführt und in einer entsprechenden Schriftenreihe veröffentlicht worden sind, noch nicht aufgegriffen worden. Viele Vertreter im Landesschulrat haben das Gefühl, Mitglieder einer Abstimmungsmaschine zu sein, deren Ergebnisse nicht echte Entscheidungshilfen oder Richtlinien für die Landesregierung darstellen, sondern nur eine bürokratische Notwendigkeit. Und dies, obwohl die meisten Mitglieder, zumindest jene, die verhältnismäßig regelmäßig erscheinen, ihre Funktion ernst nehmen, obwohl die Diskussionen oft sehr lang werden, obwohl die Tagesordnung erstellt und als Vorsitzender Entscheidungen herbeiführt, die der Landesregierung genehm sind.

Ein weiteres Problem des Gremiums ist die große Zahl der Absenzen. Fast

ein halbes Jahr lang bewegte sich die Versammlung am Rande der legalen Anzahl dahin, wobei einige Sitzungen sogar verschoben werden mußten. Eine Statistik würde hier zeigen, daß die gewählten Vertreter des Schulpersonals die dichteste Präsenz stellen, während die von den Verbänden und Gemeinden vorgeschlagenen und vom Landesausschuß ausgewählten Vertreter die größte Zahl von Absenzen aufzuweisen haben. Dies mag zu einem guten Teil auf Termenschwierigkeiten aus beruflichen Gründen zurückzuführen sein, behindert aber in erheblicher Weise die Arbeit des Organs. Auch teilweise weite Reisewege und bescheidene Spesenvergütung dürften hier ein Mitgrund sein.

Der oben erwähnte Mangel an Resonanz aus der Öffentlichkeit läßt die Diskussionen manchmal tatsächlich als verbale Selbstbefriedigung erscheinen, zumal die Mitglieder auch ab und zu das Gefühl heftigt, daß die Landesregierung dem Gremium nicht viel Bedeutung beimißt. So ist es passiert, daß der Landesausschuß oder ein Assessor eine schon erledigte Materie noch einmal in den Landesschulrat brachte, weil die dort getroffene Entscheidung nicht nach seinem Geschmack war. In den letzten Jahren hat der Landesschulrat zwar dem Schulfürsorgeplan der Landesregierung zugestimmt, aber immer erhebliche Kritik daran geübt; und jedes Jahr kommt derselbe Plan wieder vor das Gremium, so daß dieses sich im vorigen Jahr nicht mehr in der Lage sah, ein positives Gutachten abzugeben. Auch Gemeinden und Bezirkskörperschaften scheinen von der Existenz des Landesschulrates kaum Notiz zu nehmen; wie wäre es anders möglich, daß bestimmte Bezirke immer wieder um die Neuerrichtung einer Oberschule ansuchen, ohne auf das im Jahre vorher vom Landesschulrat erteilte negative Gutachten einzugehen oder ihr Gesuch überhaupt zu begründen.

Und die Zukunft?

Was muß geschehen, damit das Gremium in Zukunft besser funktioniert und seiner Aufgabe gerecht wird? Erst einmal sollte die Novellierung des Gesetzes Nr. 70, die den Schulgewerkschaften schon lange versprochen wurde, durchgeführt werden. Dann müßte die Presse und die Öffentlichkeit mehr auf die Arbeitsweise und die Argumentation des Gremiums eingehen, und nicht nur in kurzen Notizen die Entscheidungen referieren. Weiters müßten die Mitglieder selber den Schulrat als ein Forum für die Diskussion aller mit der Schule verbundenen Probleme ansehen. Nur so kann der Landesschulrat der Intention des Rahmengesetzes 477 gerecht werden und eine, wenn auch bescheidene Reform der Schule von unten bewirken.

ASM scheut interview

An dieser Stelle hätte nun eigentlich ein Interview mit Dr. Sparber, dem Vorsitzenden des Arbeitskreises Südtiroler Mittelschullehrer-ASM, erscheinen sollen. Der Grund, weshalb wir ein Gespräch mit Dr. Sparber für interessant und -- im Rahmen unseres Themas „Schule in Südtirol“ -- für notwendig hielten, ist leicht einzusehen. Der ASM organisiert einen großen Teil der Südtiroler Lehrerschaft und hat sich in Stellungnahmen, auf Tagungen, in seinen Schriften mit den verschiedensten Aspekten der Südtiroler Schulproblematik auseinandergesetzt. Wir waren also der Meinung, Dr. Sparber sei ein gewissermaßen obligater Gesprächspartner auf diesem Gebiet.

Nun, der Vorsitzende des ASM war nicht nur nicht zu einem mündlichen Interview (dessen Endfassung ihm, wie in allen anderen bisherigen Fällen, vor dem Druck noch vorgelegt worden wäre) bereit, sondern wollte auch unsere schriftlichen Fragen vorher diskutieren und über sie verhandeln. Es ist klar, daß eine solche Vorgangsweise den Sinn und Zweck eines Interviews vollkommen verzerren würde: die Antworten stehen dem Befragten vollkommen frei, die Fragen kann er sich jedoch nicht aussuchen. Auf diese Art von „Gewaltenteilung“ legen wir (auch weiterhin) großen Wert und haben es daher vorgezogen, ein solches Schein-Interview erst gar nicht zu beginnen.

Die Redaktion

Das Kindergartenwesen in Südtirol

Durch die Verabschiedung des neuen Autonomiestatutes im Jahre 1971 und den Erlaß der Durchführungsbestimmungen zur Schule im Jahre 1973 wurde der Provinz Bozen im Bereich des Kindergartens die primäre Gesetzgebungskompetenz übertragen. Der Weg, eine gültige Rechtsgrundlage für diesen wichtigen vorschulischen Bildungsbereich zu schaffen, war frei. 1976 wurde dann auch das Gesetz zu „Rechtsordnung des Kindergartenwesens“ vom Südtiroler Landtag verabschiedet (Landesgesetz vom 17. August 1976, Nr. 36, veröffentlicht im Amtsblatt vom 20. September 1976, Nr. 40 — Sondernummer).

Die Situation vor dem Kindergartengesetz

Wenn auch die ONAIRC, eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die Errichtung, Verwaltung und Führung von Kindergärten seit 1924 übernommen hatte, wurden die Initiativen auf dem vorschulischen Bildungsbereich, vor allem auf dem deutschsprachigen, fast ausschließlich von privater Hand getragen. Private Kindergartenvereine, Kindergartenengossenschaften und Pfarrämter entwickelten besonders nach 1955, als zwei Versuche der Provinzgesetzgebung zur Regelung der Kindergärten scheiterten, eine rege Tätigkeit. Die italienische Volksgruppe gründete 1955 die „Federazione Provinciale degli Asili Infantili e delle Scuole Materne della Provincia di Bolzano“, die die Organisation und Verwaltung der italienischen Kindergärten übernahm und der sich in der Folge fast sämtliche Vereine anschlossen.

Für das deutschsprachige Kindergartenwesen übernahm der „Landesverein Südtiroler Kindergärtnerinnen“ die Beratung, Betreuung, Weiterbildung, Koordinierung, Beaufsichtigung und Führung der Kindergärten bzw. der Mitglieder und der rechtlichen Vertreter der Kindergärten.

Erst in den sechziger Jahren übernahmen vorwiegend die Gemeinden die Führung der deutschsprachigen Kindergärten.

Die Mittel der bisherigen Trägerorganisationen waren sehr bescheiden. Sie waren auf die finanzielle Unterstützung (Zuschüsse) des Staates, des Landes sowie Privater angewiesen. Besonders die sozialrechtliche Lage des Kindergartenpersonals war infolge der gesetzlichen Defizitsituation hart betroffen. Es bestanden keine Kollektivverträge und selbstverständlich auch keine Stammrollen. Die Folge davon war eine relativ große Unsicherheit unter dem Personal, das sich nur auf Abmachungen zwischen den verschiedenen Organisationen berufen konnte. Der Landesausschuß hat zwar Maßnahmen

zugunsten des Rechtsstatus der Kindergärtnerinnen ergriffen. Infolge der fehlenden Rechtsgrundlage/Handlungsbasis waren diese Maßnahmen eher bescheiden und ungenügend.

Ein erster Versuch, verschiedene Probleme dieses Bildungssektors auf rechtlicher Basis zu lösen, wurde 1973 von der Stadtgemeinde Bozen unternommen. Die Abteilung Schule und Kultur der Gemeindeverwaltung Bozen hatte ein Reglement zur Ordnung der gemeindeeigenen Kindergärten vorgelegt und verabschiedet.

Dieses Reglement enthält auch interessante Ansatzpunkte für eine Neustrukturierung des Kindergartens, beispielsweise sah es Mitbestimmungsorgane, eine pädagogisch-didaktische Equipe und integrierte Kinderabteilungen vor. Rückblickend kann man sagen, daß das Südtiroler Kindergartenwesen unter schwierigen Verhältnissen und unter enormen Anstrengungen auf- und ausgebaut wurde.

Die Tatsache, daß im Zeitraum von 10 Jahren, nämlich von 1965 bis 1975, 242 neue Sektionen geschaffen wurden, mag diese These und insbesondere die positive Entwicklung dieses Bildungsbereiches belegen. Besondere Charakteristika waren die Privatisierung des Kindergartenwesens, die stark zentralisierte Organisationsform und daher eine relativ starke Kontrolle seitens der bestehenden Landesvereine und eine besonders schwerwiegende sozialrechtliche Defizitsituation auf dem Personalsektor.

Die Phase der Gesetzgebung

Letzteres macht deutlich, daß eine gesetzliche Regelung nicht nur aus politisch-administrativen Gründen notwendig war. Vielmehr verlangte die prekäre Situation auf dem Personalsektor nach einer baldigen Lösung. Das Gesetz zur Rechtsordnung des Kindergartenwesens berücksichtigt nun diese Bildungswirklichkeit. Ihren konkreten Niederschlag findet sie in der formalen Bestimmung des Organisationsapparates, im Dienstrecht, in der Schulaufsicht und der Trägerschaft einerseits und in der gesellschaftlichen Mitwirkung durch die Kollegialorgane andererseits.

Entschieden wurde vor allem, daß das Kindergartenwesen Teil des Gesamtbildungswesens sein wird und einen öffentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen hat.

Zu diesem Zweck stellt das Land die Organisationsmittel zur Verfügung, indem es mit „Beschuß des Landesausschusses Landeskindergärten, welche die Eigenschaften öffentlicher Einrichtungen haben“ (Art. 3) errichtet; es bestimmt auch die Inhalte der erzieherischen Tätigkeit in Form von Anlei-

tungen, die mit Dekret des Präsidenten des Landesausschusses erlassen werden.

In diesem Zusammenhang fällt auf, daß das Land keine Verpflichtung bei der Errichtung von Kindergärten übernimmt: nicht das Recht auf Kindergärten, sondern die Freiwilligkeit der Einschreibungen in den Kindergarten ist gesetzlich verankert. Außerdem weist das neugeordnete vorschulische Bildungswesen relativ starken Verwaltungscharakter auf. Nicht nur, daß die Privatkindergärten die Anleitungen für die erzieherische Tätigkeit befolgen müssen, ebenso ist die Abhaltung von Aufbau- und Fortbildungskursen, die Durchführung von Studien und Forschungen auf dem Gebiet des Erziehungswesens, Versuchsvorhaben sowie Aufträge zur Sammlung, Ausarbeitung und Verbreitung pädagogisch-didaktischer Abhandlungen an die Beschlüsse des Landesausschusses gebunden.

Unter dem Gesichtspunkt der Errichtung, Trägerschaft und Führung gibt es in Südtirol künftig folgende Arten von Kindergärten:

- Landeskindergärten, die von der Gemeinde geführt werden;
- Landeskindergärten, die von einer Körperschaft oder Vereinigung geführt werden;
- Landeskindergärten, die vom Land selbst geführt werden, sofern es sich um Versuchskinderkärten handelt;
- Privatkindergärten.

Von der Zielsetzung her gesehen, lassen sich die Sonderkindergärten bzw. die sogenannten integrierten Kindergärten von den übrigen Kindergärten unterscheiden.

Durch das Landesgesetz wurde erstmals eine einheitliche Personalordnung, das erforderliche Dienstrecht, geschaffen. Die Kindergärtnerinnen, Assistentinnen und das leitende Personal der Landeskindergärten sind Landesbedienstete. Die übrigen an diesen Kindergärten Tätigen sind Bedienstete der mit der Führung betrauten Gemeinde.

Als beratendes Organ des Landesausschusses auf dem Gebiete des Personalwesens der Kindergärten wurde eine zentrale, oberste Verwaltungsstelle, der sogenannte Verwaltungsrat, geschaffen. Dem Südtiroler Kindergartenwesen liegt eine eher hierarchische, zentralistische Organisationsstruktur zugrunde. Die häufige Bindung an Beschlüsse des Landesausschusses sowie der Umstand, daß fast sämtliche wichtigen Entscheidungen von oben getroffen werden bzw. der Zustimmung von oben bedürfen, sind Kennzeichen dafür. Dies legt unter anderem die Annahme nahe, daß das Gesetz im großen und ganzen kein Reformgesetz ist. Vielmehr wird dem bestehenden Kindergartenwesen eine rechtliche Grundlage gegeben. In einem Nachziehverfahren wird eine bereits zum Großteil bestehende Organisationsform rechtlich und für alle verbindlich geregelt.

Eine entscheidende Ausnahme stellt

die gesetzlich vorgesehene Schaffung von Mitbestimmungsgremien auf der Ebene des Inspektorsates, der Kindergartendirektion und jedes einzelnen Kindergartens dar. Wenn diese Organe nach teilweise recht formalen Charakter aufweisen, so kann dennoch festgehalten werden, daß sie eine besondere Chance für die Demokratisierung, vor allem aber für die notwendige Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Kindergarten darstellen.

Es wird eine Frage der Interpretation jener sein, denen die Aufsicht und Verwaltung des vorschulischen Bildungswesens obliegt, ob diese Chancen zum Tragen kommen bzw. genutzt werden können. Daß beispielsweise die Bereitschaft seitens der Eltern, in engeren Kontakt mit dem Kindergarten zu treten und auf verschiedenen Ebenen zusammenzuarbeiten, gegeben ist, hat das im Auftrag der Südtiroler Landesregierung durchgeführte Vorschulprojekt wohl genügend gezeigt.

Im Bereich des Kindergartenswesens sind selbstverständlich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes noch keineswegs alle Entscheidungen gefallen. Abgesehen davon, daß die Anleitungen für die erzieherische Tätigkeit, die Einordnung des Kindergartenspersonals in die Stammtafel aufgrund der bereits ausgeschriebenen Wettbewerbe (veröffentlicht im Amtsblatt der Region vom 28.12.1977, Nr. 64 — Sondernummer) unter anderem noch ausstehen, müssen sich alle Beteiligten, vom Gesetzgeber bis zu den Eltern, klar darüber sein, daß Gesetze zwar die nötigen Organisationsmittel zur Verfügung stellen und gesellschaftliche Prozesse „formal“ bestimmen, dennoch einen gewissen Spielraum für die Bestimmung des materiellen und ideellen Inhalts offen lassen. Es werden — mit anderen Worten — mittels politischer Organisationsmittel gewisse Begünstigungs- und Benachteiligungsverhältnisse geschaffen, unter denen sich gesellschaftliche Interessen durchsetzen können. Konkretes menschliches Handeln wird den gesetzlich-organisatorischen Rahmen ausfüllen. Vorerst stehen Handlungsräume dort konkret offen, wo das Landesgesetz vorsieht, daß Vorschläge unterbreitet werden können. Soll dieser Sachverhalt als Zugeständnis von größerer Selbstständigkeit an die betreffenden Individuen und Organe verstanden werden, wird der Gesetzgeber bzw. jene, die seinen Auftrag erfüllen, verstärkt Aufklärung, Beratung und Unterstützung ansetzen.

In diesem Zusammenhang ist eine eingehende umfassende Information aller am Kindergartenwesen Beteiligten notwendig. In Gesprächen mit diesen kann man nämlich immer wieder ein enormes Informationsdefizit feststellen: ein Informationsdefizit, das sich auf eine effektive und erfolgreiche Verwirklichung des Erziehungs- und Bildungsauftrages ebenso nachteilig auswirken kann wie auf die Konkretisierung der gesetzlichen Bestimmungen.

Günther Pallaver

Das verdrängte Problem: Universität in Südtirol

Seit über zehn Jahren wird in Südtirol und darüber hinaus über die Funktion einer Universität in Südtirol diskutiert; von Parteien, Gewerkschaften, Interessengemeinschaften, Verbänden, Intellektuellen.

Von den einen wird dieses Thema als „sattsam durchdiskutiert“ bezeichnet¹⁾, von den anderen als notwendig erachtet, über dieses eine permanente Diskussion in Gang zu halten.

Die Südtiroler Volkspartei hat zweimal in einer Resolution, einmal am 19. April 1971, das andere Mal am 13. September 1974, die Errichtung einer Universität in Südtirol abgelehnt und verweist heute bei jeder Gelegenheit auf die „Landesuniversität Innsbruck“.

Die Gründe für eine Ablehnung sind wie folgt: Die Errichtung einer doppel-sprachigen Universität in Südtirol strebe im Widerspruch zu den kulturellen Schutzbestimmungen des Pariser Vertrages, da in diesem Abkommen vereinbart sei, in Österreich erworbene Hochschultitel auch in Italien anzuerkennen. Andererseits fördere eine doppel-sprachige Hochschule in Südtirol eine Mischkultur²⁾ und bei einer solchen Einrichtung könne es sich zwangsläufig nur um eine zweitrangige Provinzuniversität handeln, fördere die Ghetto mentalität und den geistigen Provinzialisismus. Darüberhinaus sei dies weder wirtschaftlich vertretbar noch finanziell tragbar.

Als Lösung, die den kulturellen Erfordernissen besser entspreche, strebe sie Einrichtungen an, welche eine Ausbildung von Werkstudenten im Lande gewährleisten. Sie (die SVP) sei daher der Auffassung, daß das Problem einer Hochschulbildung der Südtiroler Studenten besser durch eine Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Innsbruck und Padua gelöst werden könne.

Nach dem wiederholten kategorischen Nein der Südtiroler Volkspartei zu einer Universitäts Einrichtung in Südtirol haben jene Kräfte, die sich mit Vehemenz für die Realisierung eines Universitätsprojektes im Lande eingesetzt haben, aus politischer Ohnmacht und Resignation aufgefangen, in dieser Frage leise zu treten und in der Folge nur noch sporadisch auf ihre Forderungen hingewiesen.

Die Südtiroler Hochschülerschaft hat zu diesem Thema zwei Studientagungen abgehalten. 1970, Hochschule in Südtirol — für Südtirol?*) Damals drehte sich die Diskussion um eine Universität in einem zweisprachigen Gebiet und damit die Folge der soziokulturellen Unterschiede. Die Studientagung 1974 — Universität Bozen — verlagerte die Argumentationsebene auf bildungspolitische Fragen³⁾.

Nachdem es gelungen war, eine Diskussion in der breiten Öffentlichkeit zu entfachen (unter anderem ergab eine Umfrage unter den Eltern von ca. 5.000 Schülern des Jahrganges 1959, daß ungefähr 80 Prozent für die Errichtung einer Universität in Bozen seier), ist es innerhalb der SVP und in Südtirol um dieses Thema still geworden.

Die Entwicklungen auf bildungspolitischer Ebene sind aber in der Zwischenzeit nicht stehen geblieben, sei es programmatisch auf staatlichem Gebiete durch verschiedene (geplante) Reformen, sei es durch Aktivitäten unserer direkten Nachbaruniversitäten Innsbruck und Trient.

Jeder Befürworter und Gegner eines Universitätsprojektes in Südtirol sieht ein, daß eine unabdingbare Notwendigkeit besteht, bestimmte spezifische, der Südtiroler Realität Rechnung tragende universitäre Einrichtungen zu schaffen. Nur über das Wo und Wie divergieren die Meinungen sehr stark.

Südtirol als Kolonie der Universitäten Innsbruck und Trient

Die Freie Universität Trient wird versäumlicht werden. Im Gesetzsentwurf ist von einer klaren regionalen Ausdehnung mit einer europäischen Dimension die Rede. Über kurz oder lang wird sich dieses Konzept auch durchsetzen. Davon aber wird später die Rede sein.

Innsbruck versucht auf Betreiben der Nord- und Südtiroler Politiker seinem Adept „Landesuniversität“ gerecht zu werden und den Südtiroler Notwendigkeiten anzupassen. Überdies ist genauso wie in Trient der Ausbau in eine europäische Richtung (?) gedacht.

Beispiel: Die jahrelang von verschiedenen Kräften — neben vielen anderen Bereichen — geforderte spezifische zweisprachige Ausbildung für Südtiroler Jus- und Wirtschaftstudenten in Südtirol ist von der SVP mit der Zeit anerkannt und sodann aufgegriffen worden. Nur: Sie hat die diesbezügliche Realisierung nach Innsbruck delegiert, in ein Gebiet, dem für solche Fachrichtungen mit besonderem Aufbau und Inhalt einfach das notwendige Kultursubstrat und die direkte Auseinandersetzung fehlt.

Es erhebt sich hier die berechtigte Frage, wie lange für Südtirol notwendige universitäre Einrichtungen exportiert werden können.

Tabu?

Die in früheren Jahren öffentlich geführte Universitätsdiskussion hat allerdings ein Zweifaches bewirkt.

Erstens haben sich jene Kräfte, die sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt haben, das Problem nach verschiedenen Seiten hin vertieft und eine beträchtliche Materialaufarbeitung hervorgebracht, so daß man bereits auf konkrete Ausgangspositionen zurückgreifen kann.

Zweitens hat sich das Diskussionsfeld kapillarisch verbreitet und ist im Bewußtsein der direkt und indirekt Betroffenen und Verantwortlichen in eine latente Phase eingetreten, die jederzeit wieder aufbrechen kann.

Jüngste Aussagen von Politikern aller Schattierungen des In- und Auslandes lassen deutlich Tendenzen erkennen, die untrüglich darauf hinweisen, daß man sich mit diesem Problemkreis — zwar klandestin — dennoch permanent auseinandersetzt, da offensichtlich eine adäquate Lösung dieser heiklen Frage immer noch aussteht.

Als der Bundesparteiobmann der ÖVP Dr. Josef Taus im Herbst 1977 zum zehnjährigen Jubiläum des Katholischen Familienverbandes Südtirols in Bozen weilte, antwortete dieser bei einer Aussprache mit dem Südtiroler Jugendring auf die Frage, ob er für Südtirol eine eigene universitäre Einrichtung in Bozen für notwendig erachte, er könne sich dies sehr wohl vorstellen, besonders was eine zweisprachige Ausbildung der Jas-Studenten betreffe.

Senator Dr. Peter Brugger erklärte bei einer Veranstaltung der SH im November 1977, eine Volluniversität könne für Südtirol nicht in Frage kommen, wohl aber bestimmte universitäre Einrichtungen (hoffentlich meint er dabei nicht eine Neuaufgabe des Bildungszentrums).

Der österreichische Außenminister Dr. Wilibald Pahr gab bei den letzten Gesprächen des Kontaktkomitees Nord-Südtirol gegenüber den Vertretern von SFP und SPS zu verstehen, daß es Südtirol zu erheblichen Nachteilen gereichen würde, sollte nicht die Errichtung universitärer Einrichtungen in Südtirol in Erwägung gezogen werden.

Auf der anderen Seite allerdings hat sich die Position in bezug auf die Universitätsfrage in Südtirol noch etwas fester gefahren. Landesrat Zelger zeigt andauernd mit mahnendem Finger auf die Landesuniversität Innsbruck, Landeshauptmann Magnago kommt zum Schluß, daß die Errichtung einer Universität in Bozen dem Pariser Vertrag widerspreche. Trotz allem: das Problem steht im Raum, vielzidiert, verdrängt, ungelöst; eine unbehagliche Last.

Sechserkommission

Anfang Februar letzten Jahres setzte die Sechserkommission die Aussprache mit dem Vertreter des Unterrichtsministeriums hinsichtlich der Ergänzungen zu den Durchführungsbestimmungen über das Schulwesen fort.

Unter anderem wurde folgendes vorgebracht: Da in Zukunft neben der Lehrbefähigung an Mittelschulen auch Hochschuldiplome für die Ausübung des Berufs an Volksschulen und Kindergärten vorgesehen werden, deren Programme nur teilweise den in Österreich eingeführten „curricula“ entsprechen, müsse das Staatsgesetz eine Sonderlösung vorsehen, um den Südtirolern eine Abschreibung diesbezüglicher Kurse an italienischen Universitäten zu erlauben. Geplant ist eine Regelung, wonach eine italienische Universität beauftragt wird, mit einer österreichischen zu vereinbaren, daß Professoren der letzteren solche Kurse abhalten und die Prüfungen abnehmen können).

Darüberhinaus wird unter Hinweis auf den Pariser Vertrag gefordert, daß die Provinz in Ausübung ihrer Gesetzgebungskompetenz vorsehen könne, Studentenheime (und andere Unterstützungsmaßnahmen auf dem Universitätssektor) in bis zu drei Universitätsstädten in Österreich zu errichten. (Wie bekannt, steht in Innsbruck bereits ein Studentenheim, das sogenannte Südtirolerheim.)

Unabhängig von der Zuständigkeit des Staates, eventuell in der Region eine Universität errichten zu wollen, sollte es der Provinz Bozen zustehen,

legislative Maßnahmen für einen unversäteten Unterrichtsbetrieb zu erlassen. (H: Die SVP will die Kompetenz auf dem Universitätssektor, aber keine Universität (aber eventuell für eine parastatutarische Einrichtung).

Der Kreis schließt sich. Es steht zuviel auf dem Spiel, als daß man diesen Bereich aus der öffentlichen Diskussion in Südtirol weiterhin ausklammert. Die Zeit ist nicht nur reif dafür, — sie ist überreif!

Hochschulreform in Italien und die Auswirkungen auf Südtirol

Die Hochschulreform in Italien zieht sich seit Jahrzehnten hinaus und die ganze Problematik ist besonders deutlich mit der Anwendung des Gesetzes vom 30. November 1973 Nr. 766 zutage getreten, das allgemein unter dem Namen „provvedimenti urgenti“ bekannt ist.

Gerade dieses Gesetz hat gezeigt, daß es eine unaufschiebbare Notwendigkeit ist, aus der Phase der provisorischen Teilreformen herauszukommen und zu einer radikalen Neuorganisation des Universitätsbereiches, deren Funktionen und deren Beziehung zur Realität, zu gelangen.

Die Problematik der Hochschulreform besitzt in Südtirol selbst zwei



wichtige Ansatzpunkte: den Bedarf an akademisch gebildeten Lehrkräften und den Bedarf an qualifizierten Kräften in allen Wirtschaftszweigen in Hinblick auf den bereits eingesetzten Entwicklungsprozess und in Hinblick auf das notwendige Wirtschaftswachstum auf allen Sektoren.

Als dritter Aspekt muß noch die Notwendigkeit eines durchschnittlich höheren Bildungsniveaus angeführt werden, soll das Problem des Zusammenlebens von drei Volksgruppen im Lande im Zeichen der Toleranz und der Vernunft gesehen und gelöst werden.

Die von der Hochschulreform vorgesehene internationale Zusammenarbeit der Universitäten auf allen Ebenen, kann für Südtirol ebenfalls nicht gleichgültig sein.

Dem Lande Südtirol wird hier die bedeutende Möglichkeit eingeräumt, die beanspruchte Vermittlerrolle zwischen zwei Kulturräumen einnehmen zu können.

Ebenso sind zwei weitere Kennzeichen von besonderer Wichtigkeit, die für die Provinz entscheidend sein können.

Dies ist einerseits der verstärkte Einbau der Regionen in die Gestaltung der Universitäten sowie die verstärkte Integrierung der Universität bezüglich wissenschaftlicher Berufsqualifizierung, wissenschaftlicher Qualifizierung, Erwachsenenbildung und Weiterbildung, Lehrerans- und -fortbildung in das gesellschaftliche Gesamtgefüge. Die Universität soll somit zu einem kulturellen Zentrum für alle Gesellschaftsschichten eines Gebietes werden.

Dies sind alles Aspekte, die für die Provinz von ausschlaggebender Bedeutung sind und nur durch geeignete Organisationen auf Hochschulebene verwirklicht werden können.

Trient

Wer über die Funktion einer Universität in Südtirol spricht, darf aber über den letzten Entwicklungsstand der Universität Trient nicht schweigen. Grundlage für die Kenntnis der auf längere Sicht programmierten Entwicklungstendenzen der Universität Trient bildet dabei einerseits die Gesetzesvorlage über die Errichtung der Universität Trient Nr. 848 vom 22. Juli 1977 (Maffai/Morlino/Stammati/Pedini 5), andererseits der von der Provinz Trient ausgearbeitete „Grundriß eines neuen Universitätsprojektes“, November 1974 6).

Es lassen sich dabei zwei Schwerpunkte definieren:

— Neue rechtliche Organisationsformen, die unter Berücksichtigung der besonderen politisch-rechtlichen Lage des Trentino eine weitgehende Autonomie darstellen;

— sozioökonomische und kulturpolitische Bedeutung der Universität Trient mit dem erklärten Ziele, die

Brückenfunktion zwischen dem italienischen und dem deutschen Kulturraum zu übernehmen und die Universität Trient einer europäischen Dimension zuzuführen.

In Italien hat sich der Grundsatz rationaler Hochschulplanung auf Regional- und Provinzebene durchgesetzt. Dieses Dezentralisationsmoment ist getragen von der Erkenntnis, daß die Epoche der Matrikeluniversitäten zu Ende ist, da kleinere Einheiten den objektiven Bedürfnissen der Gesellschaft eher gerecht werden. Massenuniversitäten mit ihrer Anonymität, ohne Bezugspunkt zur Umwelt und mit einem zitären Ausbildungssystem gehören der Vergangenheit an.

Diese Erkenntnisse konkretisieren sich in neuen Organisationsmodellen, neuen Inhalten und Zielvorstellungen. Als Folge davon wird den spezifisch-kulturellen, sozioökonomischen und politisch-rechtlichen Besonderheiten des Trentino Rechnung getragen. Aus dem Sonderstatut für Trentino-Südtirol können dabei ebenfalls Entwicklungsmöglichkeiten für die Hochschulbildung in Richtung auf ein regionales Universitätsmodell genommen werden.

Der letzte Absatz von Art. 19 lautet: „Für den Fall der Errichtung einer Universität im Trentino-Südtirol hat der Staat zuvor die Ansicht der betroffenen Region und Provinz zu hören.“ Auch daraus läßt sich die Notwendigkeit eines Sonderstatus für die neu zu errichtende Universität ableiten.

In Trient ist dies geschehen. Die staatliche Universität ist einerseits als autonome Körperschaft konzipiert, andererseits als eine Institution der staatlichen Körperschaft des Landes.

Erklärtes Ziel der Trentiner Politiker ist es, die staatliche Universität Trient in eine Brückenfunktion zwischen dem deutschen und dem italienischen Kulturraum mit einer europäischen Dimension zu stellen.

Das derzeitige Realisierungsprojekt kann folgendermaßen umrissen werden: Ausgegangen wird davon, daß das Trentino, sprachlich und kulturell italienisch, in einen politisch-rechtlichen Rahmen eingebettet ist, der mit keiner anderen Region Italiens (außer Görz) verglichen werden kann. Dies ist auf Grund der historischen Entwicklung dieses Volkes nachzuvollziehen, das zwar der italienischen Kultur und Zivilisation anzurechnen ist, aber das Verbindungsglied zweier Kulturen und Zivilisationen darstellt, was wiederum das moderne Europa geprägt hat.

Die Verbindung zweier kultureller Gebiete — als essentiell empfunden und bereits einstimmig für die Errichtung eines gemeinsamen und demokratischen Europas anerkannt — kann allerdings nicht in Gebieten gefördert werden, wo die Nationalitäten vermischt(!) und deshalb oft auf Konfrontation ausgerichtet sind.

Diese Brückenfunktion kann somit nur in Gebieten realisiert werden, wo diese kulturell klar definiert sind, sich

aber trotzdem auf Grund jahrhundertlanger Erfahrung mit den angrenzenden Kulturräumen auseinandergesetzt haben.

Als notwendige Folgerungen davon sind für die Universität Trient solche Fachrichtungen einzurichten, die für die regionale Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der angrenzenden Kulturräume von Bedeutung sind.

Die fruchtbare Auseinandersetzung mit der Gesellschaft setzt ebenso neue Formen des Unterrichts voraus. Für die Verwirklichung eines Universitätsmodells mit europäischer Dimension ist zudem eine Zusammenarbeit mit anderen Universitäten und Hochschulen sowie Forschungsinstitutionen unabdingbare Voraussetzung, insbesondere mit solchen von europäischem Charakter. Darunter fällt als Konkretisierungsform auch der flexible Austausch von Dozenten, Gastprofessoren und Forschern.

Letztes angestrebtes Ziel ist dabei die Beachtung der kulturellen, literarischen und wissenschaftlichen Welt jenseits der Alpen — insbesondere des naheliegenden deutschsprachigen Gebietes mit einer Umsetzung dieser Bezugspunkte in eine reale Zweisprachigkeit.

Bildungsautonomie oder?

Das diesbezügliche Projekt zeigt somit in aller Deutlichkeit, daß die Universität Trient eine ganz klare regionale Ausrichtung anstrebt und gewillt ist, über kurz oder lang jene kulturelle Brückenfunktion zu übernehmen, die dem gesamten Trentino einen europäischen Charakter verleiht.

Die negative Einstellung in bezug auf ein gemischtsprachiges Gebiet wie Südtirol als Standort einer Universität ist von Trentiner Sicht aus rational erklärbar. Keine Provinz läßt sich die einmalige Gelegenheit — bei sich ergebenden Freiräumen — entgehen, all jene Möglichkeiten auszuschöpfen, die sie aus einem sozioökonomischen und geistig-kulturellen Provinzialismus heraushebt.

Die verantwortlichen Politiker des Trentino haben nicht zugewartet, um die Voraussetzungen für die Verwirklichung ihres Universitätsmodells zu realisieren.

Das kategorische Nein der SVP zu einer Universitätsgründung in Südtirol hat Freiräume geschaffen. Südtirol ist zu einem realen Einzugsgebiet für Trient geworden und wird in Zukunft all jenes exportieren, was Trient zur Verwirklichung einer (regionalen) Universität benötigt. Ebenso lassen Tendenzen und Entwicklungen auf gesamtstaatlicher Ebene ganz deutlich erkennen, daß in Zukunft bestimmte Fachbereiche nicht im Ausland belegt werden können. Dies ist z. B. der Fall bei Pädagogik als Folge der anstehenden Oberstufenreform, wobei für die Lehrerausbildung eine Ausweitung auf Universitätsebene geplant ist, die Lehrer

somit ein zwei- bis dreijähriges Universitätsstudium absolvieren werden müssen. Eine solche spezifische Ausbildung ist im Ausland für die besonderen Belange der Südtiroler Realität nicht vorgesehen und wird auch schwerlich zu realisieren sein.

Die Bildungsautonomie auf dem Gebiete der Hochschulpolitik ist gerade dort hin delegiert worden, wo man es am wenigsten wollte, nach Trient. Das Los von Trient hat sich in diesem Bereich als Bannernang erwiesen?).

Der Zug ist bereits abgefahren: Die einzige Möglichkeit besteht zur Zeit nur noch darin, mit dem Auto auf schnellstem Wege nachzufahren und den Zug vor Eintreffen in den Bahnhof zu überholen.

Literatur

- 1) „Dolomiten“ 27. II. 1977 Volkstumskampf ist an allem schuld ... Seite 3
- 2) XIV. Studientagung der SH — Hochschule in Südtirol — für Südtirol?
- 3) Elmar Locher: Einige kritische Anmerkungen zur Studientagung, „Skolast“ 3/74
- 4) „Dolomiten“ 11./12. Februar 1978, Universitätsbildung und Staatsbeamte
- 5) Disegno di legge Nr. 848 Istituzione dell'Università degli studi di Trento
- 6) Grundriss eines neuen Universitätsprojektes November 1974
- 7) Hans Mayr, Universitätsfrage und Bildungsautonomie „Skolast“ 2/77

Folgende Artikel wurden in letzter Zeit zum Thema „Schule“ in SKOLAST veröffentlicht:

Zur Universitätsfrage:

- Paul ZANON — „Kartoffel oder spaghetti oder canederli“ SKOLAST 1—2/70
 Walter Guller/Elmar Locher — „Zur Universität“ SKOLAST 2/74
 Gruppo di Architettura Bolzano Venezia — „Università e territorio“ SKOLAST 2/74
 Sepp Kupferscher — „Vorbereitung auf die Studientagung“ — SKOLAST 2/74
 Rainer Seherich — „Interessenanalyse“ — SKOLAST 3/74
 Paolo Pagliaro — „Oltre il „modello““ — SKOLAST 3/74
 Sepp Kupferscher — „Bericht über die 17. SH-Studientagung“ — SKOLAST 3/74
 Elmar Locher — „Einige kritische Anmerkungen zur Studientagung“ — SKOLAST 3/74
 Hellmuth Ladurner — „Regionale und soziale Herkunft geben Auskunft über Bildungsdefizit“ — SKOLAST 2/75
 Max Raller — „Gesellschaftliche Funktion einer Hochschule in Bozen“ — SKOLAST 2/76

Weitere Artikel zum Schul- und Bildungswesen:

- Elisabeth Höglinger — „Ordentliche Lehrbefähigungskurse 1975/76 — Kritik und Ausblick“ — SKOLAST 1/76

Peter Gistettner — „Zu den Angriffen gegen die Südtiroler Arbeitermittelschule“ — SKOLAST 1/76

Elisabeth Höglinger — „Dilettantismus im Deutschunterricht“ — SKOLAST 2/77

Franz Lanthaler — „Die Schulbuchverordnung der Südtiroler Landesregierung“ — SKOLAST 3/77

Elisabeth Höglinger — „Dilettantismus im Deutschunterricht“ — 2. Teil — SKOLAST 1/78

Leserbrief

Zur Faschismuskussion

Vielleicht darf auch ich mich zur Auseinandersetzung Steurer—Gruber über die Zeit, die Südtirol unter dem Faschismus verbrachte, zu Wort melden. Meinetswegen hat Leopold Steurer mit Recht Alfons Gruber vorgeworfen, die bei ihm nabeliegende Verquickung von Italianertum und Faschismus einerseits und Deutschertum und Freinert andererseits führe zu oberflächlichen Gesamturteilen, die geschichtlich nicht gerechtfertigt sind. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang Steurers Erkenntnis, daß der nationalsozialistische Staat in Umsiedlungsfragen weit rücksichtsloser als der faschistische war. Obwohl vielleicht beiderseits zugegeben werden wird, daß ein zeitgerechtes Verständnis des Faschismus und des Nationalsozialismus im damaligen Südtirol nicht nahe lag, weil es in Tirol nie eine sozialistische Massenbewegung gegeben hatte, steht wohl außer Zweifel, daß der zum Volkstumskampf gesteigerte Freiheitskampf manche Südtiroler in bedenkliche Nähe einer nationalsozialistischen Geisteshaltung gebracht hat. Diese Verbindung wird in der Erwiderung Grubers im wesentlichen aufrecht erhalten.

Sicher hat sich fast die Gesamtheit des Südtiroler Volkes gegen die Übergriffe des italienischen Staates gestellt. Der Faschismus lief ihr auch

keine andere Wahl, denn die angestrebte Umwandlung zum Italiener war auch bei bestem Willen eine menschliche Unmöglichkeit. Dabei verteidigten viele wohl mehr unbewußt als bewußt das Recht, eine frei gewählte Sprache ungehemmt sprechen und in der eigenen Heimat nach angestammten Bräuchen leben zu dürfen; andere verwechselten dieses unveräußerliche Menschenrecht mit einem mehr oder weniger eingebildeten deutschen Volkstum so sehr, daß sie bereit waren, darüber auf des Führers Befehl die eigene Heimat preiszugeben und anderen das zuzufügen, was man ursprünglich selbst nicht wollte. Hier hört aber die Menschlichkeit auf und es beginnt das Verbrechen. Das mußte man zumindest einsehen. Es ist immerhin bezeichnend, daß der Freiheitskampf der Südtiroler auf beiden Seiten sehr oft im für den Faschismus kennzeichnenden überspitzten völkischen Geist geführt wurde. Es wird nämlich darum gestritten, ob Südtirol ein „deutsches“ oder „italienisches“ Land sei, ohne Rücksicht auf die Einwohner. Letztlich so geschehen in der Entscheidung von Sigmundskron vom 17. November 1957, zweiter Absatz. Ist Tirol aber wirklich christlich, so muß es die Gewalt als Kampfmittel ablehnen.

Emil Stocker

Rechter Mann am rechten Platz

„Oskar Peterlini unterstrich in seinen Ausführungen die Wichtigkeit des freien und wahren Redens.“

(Profil 1/78)

Fotilisierung

„Wir möchten jungen Leuten die Gelegenheit geben, ihre persönlichen Ansichten zu bestimmten Themen zu äußern.“

DER METAJJENF LIEBLING — muß man ein Auto haben?

So heißt unser Thema diesmal.
 (Jugendwacht 1, Südtiroler Jugendzeitschrift)

Patrizier-Scherze

„Als HGV-Präsident Eisenkeil im vollbesetzten Kursaal die 800 Gäste begrüßte und die Bombennachricht — garniert mit witzigen Bemerkungen —, verkündete, lachten die Leute.“

(„Dolomiten“ — Bombenalarm auf HGV-Ball)

Ständekampf

„Die Arbeitnehmer sind viel schlechter organisiert als andere Stände und besitzen nicht das nötige Standesbewußtsein.“

(JG-Arbeitspapier 1976)

Autonomie: Mittel und Zweck der Arbeiterbewegung

Aus dem Italienischen Übersetzt von Luis Benedekter

Der Artikel „Wirtschaftliche Macht und Ideologische Absicherung“ von Arno Teutsch, der in der Februarnummer des „Skolast“ (2/1978) erschien, greift die Frage der Autonomie in der Provinz Bozen auf und untersucht sie einer gründlichen Untersuchung. Die Analyse dieser Frage ist heute ohne Zweifel für alle demokratischen Kräfte in Südtirol von entscheidender Bedeutung.

Kurz gefaßt lassen sich die Thesen Teutschs folgendermaßen darstellen:

— Das Paket ist in erster Linie ein Machtinstrument der lokalen Bourgeoisie, das sie gegen die Südtiroler Arbeiter und Werktätigen, gegen mögliche demokratische Veränderungen, die sich auf nationalem Gebiet ereignen, einsetzt.

— Die herrschenden Klassen unseres Landes sichern ihre Macht dadurch, daß sie mittels der ideologischen Machtapparate (Familie, Schule, Kirche, Kulturvereine, Informationssysteme) den Bürger nach konservativen Leitbildern und Wertvorstellungen heranzubilden.

— Daraus folgert Teutsch, daß das „Paket“ den Kampf der Arbeiter und Werktätigen erschwert, weil „Südtirols Autonomie vor allem eine Autonomie des Bürgertums ist, welche es bisher ermöglicht hat, besser und wirkungsvoller auszunutzen...“

Ich möchte sogleich vorausschicken, daß ich mit den obigen Thesen kaum einverstanden bin. Die wesentliche Fehleinschätzung Teutschs besteht meiner Meinung nach darin, daß er die Besonderheit der ethnischen Frage vernachlässigt, indem er sie unvermittelt auf eine soziale einschließt. Natürlich können die ethnischen Widersprüche (die in der linken Theorie bekannterweise als Nationalitätenfrage abgehandelt wurden) nicht unabhängig von der Klassenwidersprüche betrachtet werden. Dennoch weisen sie eine ihnen eigene, relative Autonomie und Spezifität auf, die nicht mechanisch auf die Kategorien des Klassenkampfes eingeengt werden können, ohne dabei gewissen Vereinfachungen zum Opfer zu fallen. Wenn man von dieser Betrachtungsweise ausgeht, kann man das „Paket“ nicht von einem schematischen und statischen Gesichtspunkt der Klassenanalyse aus (wie ein statischer und schematischer Marxismusbegriff zugrunde liegt) untersuchen und es demnach einfach als Instrument der Bourgeoisie betrachten. Im Gegenteil, das „Paket“ ist ein institutionelles Normensystem zum Zwecke demokratischer Selbstregie-

rung für eine ethnische Minderheit, die während des Faschismus einer brutalen Zerstörung ihrer Identität ausgesetzt war und auch nachher noch gegen das Unverständnis der Zentrregierung ankämpfen mußte. Deshalb stellt die *Autonomie* einen Erfolg nicht nur für die herrschenden Klassen, sondern für alle Bevölkerungsschichten des Landes dar: ich würde sogar zu behaupten wagen, daß sie einen grundlegenden Erfolg vor allem für die Arbeiter und Werktätigen darstellt. Es gibt genügend Beispiele aus der Geschichte, die beweisen, daß ethnische Spannungen mit besonderer Härte gerade und in erster Linie die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen treffen. Nicht selten wird hierzulande die Meinung vertreten, daß die Autonomie letzten Endes dazu beigetragen habe, der SVP die Erhaltung der absoluten Mehrheit innerhalb der deutschen Volksgruppe zu ermöglichen und das Land damit einer konservativen Mehrheit zu überlassen. Diese so selbstverständlich anmutende Behauptung ist aber abwegig. Sie beschränkt sich nämlich darauf, eine Tatsache zu „entdecken“, die aber bereits seit der Niederlage Michael Galsmairs klar zu Tage getreten war, nämlich die vierundzwanzigjährige katholisch-konservative Hegemonie, deren letztes Glied in der Kette die SVP-Vorherrschaft darstellt. Diese Hegemonie oder, in Zahlen ausgedrückt, den 85- bis 90prozentigen Konsens der deutschen Volksgruppe konnte die SVP schon vor dem Erlaß des Autonomiestatuts verbuchen. Aber das wahre Problem stellt sich anders dar. Hier gilt es nämlich die Frage zu stellen, ob das „Paket“ nicht etwa doch einen politisch-institutionellen Rahmen darstellt, der es der SVP in Zukunft erleichtert oder aber erschwert, ihre Hegemonie zu erhalten und überdies, ob sich damit ein Kampffeld eröffnet, auf dem die Arbeiterbewegung vorankommen oder zurückgeworfen werden wird.

In diesem Zusammenhang tauchen im Artikel von A. Teutsch keine Zweifel auf: das „Paket“ ... erschwert, dies ist in der Zwischenzeit allzu deutlich geworden, eine Stärkung der gesellschaftlichen Macht der Werktätigen“. Meiner Meinung nach trifft aber das genaue Gegenteil zu: gerade weil das „Paket“ zum erstenmal seit der Annexion Südtirols die deutschsprachige Minderheit gebührend schützt, werden innerhalb der deutschen Volksgruppe Bestrebungen wach, die in Richtung einer dialektisch-demokrati-

schen Klassenkonfrontation drängen. Vor dem Erlaß des „Paketes“ mündete eben diese Klassenkonfrontation in die zu Recht geforderte, aber von der SVP für ihre Machtansprüche mißbrauchte Lösung „Los von Trient!“ ein. Heute nun sind die Zeichen dieser neuen Entwicklung augenscheinlich geworden. Aus Platzgründen beschränke ich mich hier allerdings darauf, nur zwei Beispiele dieser Tendenz anzuführen:

— In den letzten Jahren wuchs der Zustrom der deutschsprachigen Südtiroler zu den Gewerkschaftsbänden AGB/CGIL, SGB/CISL und SGK/UIL beträchtlich.

— Die SH steuert einen politisch progressiven Kurs, der auch in ihrer Zeitung „Skolast“ zum Ausdruck kommt.

Ich glaube, daß diese und andere nicht erwähnte Phänomene durch die Existenz des „Paketes“ nicht erschwert wurden, im Gegenteil, daß diesem Phänomen gerade durch das „Paket“ und durch die sich in seiner Folge herausbildenden neuen politischen Kräfteverhältnisse ein entscheidender Anstoß gegeben wurde. Übrigens, die großräumige, antikomunistische Hetzkampagne der SVP ist letzten Endes nichts anderes als ein banaler Versuch, der Sammelpartei (dem italienischen politischen Vokabular nach könnte man es „interclassismo“ nennen) eine neue Existenzberechtigung zu verleihen; dieser Rechtfertigung jedoch läuft jene Entwicklung zowider, die vom „Paket“ selbst durch eine bessere Gewährleistung des Minderheitenschutzes eingeleitet wurde. So entzieht das „Paket“ paradoxerweise gerade der „S a m m e l p a r t e i“ — die überdies behauptet, es alleine geschaffen zu haben — den Boden unter den Füßen und bietet nun jenen politischen Kräften Spielraum an, deren Forderungen in der Vorpaketzeit mit der Todesmarschparole überbört wurden.

Und noch ein weiterer Gesichtspunkt in den Ausführungen Teutschs verdient es, besprochen zu werden. Ich beziehe mich auf den Begriff der ideologischen Staatsapparate (Kirche, Familie, Schule usw.) als Instrumente, mittels derer die hiesige Bourgeoisie die Südtiroler „von der Wiege bis zur Bahre“ erzieht und heranzubildet. Meiner Meinung nach ist die Theorie der ideologischen Staatsapparate (ihr namhafter Vertreter ist der französische Marxist Louis Althusser), die uns sicherlich eine Analysehilfe anbietet, ein unzureichendes Instrument, um die jetzige Phase des Klassenkampfes in Italien und in Südtirol in ihrer Komplexität zu erfassen. Auf nationalem Gebiete ist die Schule nicht mehr so ausschließlich — wie es in der Vergangenheit der Fall war — der Ort der direkten und ungestörten Vermittlung der bürgerlichen Ideologie; sie ist vielmehr einer der Bereiche, in welchen sich die Unfähigkeit und die Krise der bürgerlichen Führung deutlich abzeich-

nen. Zwar sind in Südtirol die fortschrittlichen Kräfte nicht so stark entfaltet wie im übrigen Italien, aber mir scheint, daß die SVP in der deutschsprachigen Schule nicht eine monolithische und unangefastete Vorherrschaft aufrechterhalten kann; sicherlich versucht sie das, und mit wachsender Beunruhigung stellt sie dabei fest, daß die roten Blumen nicht mehr so versteckt wie früher in „ihrem“ Garten zu blühen beginnen.

Und noch einen weiteren Gesichtspunkt aus der Abhandlung A. Teutschs möchte ich aufgreifen: die Rolle der Kirche in Südtirol. Auch da teile ich nicht seine Bewertung, die er eher lapidar über ein historisch und kulturell so komplexes Phänomen wie die Kirche abgibt. Die Kirche steht seiner Meinung nach „immer noch im Dienste des Kapitals, auch wenn sie ihre Sprache zum Teil verändert hat“. Ich möchte keineswegs bestreiten, daß die Religion in der Vergangenheit, aber auch in vielen Fällen heute noch „das Opium des Volkes“ ist, was mit dem Bibelwort ungeschrieben bedeutet, die zweite Backe hinzuhalten oder, noch einmal anders, in harten Lebensfragen zu resignieren. Aber die Kirche ist nicht nur das. Echtes religiöses Verantwortungsbewußtsein: kann auch demokratische und antikapitalistische Bewußtseinsbildung fördern. Und ich glaube, daß Fermente dieser Art in der Kirche vorhanden sind und sich in Zukunft noch entwickeln können.

Auch wird es immer schwerer zu bestreiten, daß die Autonomie den demokratischen Kräften in der Schule, in der Kirche, ja selbst in der Sammelpartei neue Handlungsräume eröffnet, was in der Verpackungszeit, in der Zeit ethnischer Frontstellung, nicht denkbar gewesen wäre: z. B. Auseinandersetzung bzw. Verbindung mit Gleich- oder Ähnlichgesinnten in der jeweils anderen Volksgruppe.

Die Autonomie ist also nicht einfach nur ein Instrument in den Händen der Bourgeoisie: sie ist vielmehr ein neues Kampffeld, wo die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter veränderten, meiner Meinung nach günstigeren Bedingungen Stellung beziehen werden (eigentlich schon Stellung bezogen haben). Und diese Feststellung soll ihre ganze Aussagekraft behalten, auch wenn zur Zeit noch eine konservative Sammelpartei das Feld beherrscht. Ich bin nämlich der Meinung, daß die Periode der SVP-Vorherrschaft um so kürzer sein wird, je eher die kritischen und selbstbewußten Landsleute aller Sprachgruppen aus der Phase der Anklage und Protesthaltung gegenüber der SVP-Macht in die der Analyse ihrer Ursachen übertraten. Es gibt keine einzige Partei in Westeuropa, die 90 Prozent ihrer potentiellen Wählerstimmen auf sich vereinigt. Deshalb ist es mehr denn je notwendig, daß die fortschrittlichen Intellektuellen aller Sprachgruppen (die Italiener weisen auf diesem Gebiet noch einen Rückstand auf) keine Mä-

he scheuen, unsere lokale Realität in ihrer geschichtlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung zu erforschen und zu analysieren. Es bedarf, anders ausgedrückt, einer ähnlichen Analyse wie der Gramscis, die es ihm und durch ihn der italienischen Arbeiterbewegung ermöglichte, die italienische Wirklichkeit genauer zu erfassen. Seine Analyse durchbrach die ideologische Verschleierung bürgerlichen Geschichts- und Politikverständnisses einerseits und einen unkritisch übernommenen orthodoxen Marxismus andererseits und schuf somit die Voraussetzung für eine nationale, revolutionäre Strategie. Wir in Südtirol haben noch Großteil der Forschungsarbeit vor uns, wenn wir unserem politischen Hauptziel, der sozialistischen Bewältigung unserer Realität eine entsprechende Strategie zugrundelegen wollen. Einige der großen offenen Fragen sind: Kapitalstruktur und Kapitalismus in unserem Grenzgebiet, die Bauern als vorwiegend konservative Ideologieträger, die Rolle der Intellektuellen und der Kirche als Erzeuger und Mittler von Konsens, das Verhältnis von Staat und Autonomie, die lokalen Klassenverhältnisse, die Rolle der Jugend und der Frau in unserer Gesellschaft, usw.

Nur so wird es möglich sein, eine Massenbewegung zu organisieren, die, wie Togliatti es ausdrückt, sich „in alle Falten der Gesellschaft schmiegt.“ Es gibt in unserer Lage weder Abkürzungen noch Alternativen, über die man diesen Problemen ausweichen könnte.

Der demokratische Weg zum Sozialismus, der heute einzig gangbar in Europa, der zu einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz führt, muß auch in Südtirol zwangsläufig die Phase der Eroberung eines breiten und freiwilligen Konsenses durchlaufen. Heute heißt dieser Konsens noch der SVP zu. Sie hat ihn erworben und erhält ihn kraft ihrer Verwurzelung in der lokalen Realität. Aber alle demokratischen Kräfte müssen sich dieser Herausforderung stellen. Den Konsens der Bevölkerung erobern sich politische Meinungsträger (Parteien, Gewerkschaften, Verbände usw.) in Südtirol wie anderswo durch bessere analytische Fähigkeiten, durch ein besseres Angebot wirtschaftlicher, politischer und idealer Problemlösungen, die in der täglichen Erfahrung mit den Bedürfnissen und Konflikten aller Werktätigen erkannt wurden.

Nur auf diesem Wege, also durch Überwindung starrer Anklage und Protesthaltung gegenüber der Vorherrschaft der SVP, wird es den demokratischen Kräften der drei Volksgruppen gelingen, eine neue demokratische Hegemonie aufzubauen, die den Pluralismus und die sprachliche und kulturelle Eigenart achtet, aber sich bei der Schaffung eines sogenannten neuen historischen Blocks¹⁾ über die ethnischen Schranken hinwegsetzen kann.

Innerehalb einer solchen Strategie, die nicht von einer Partei oder einer

Volksgruppe allein erarbeitet werden kann, bietet die Autonomie allen politischen Kräften Werte und Normen (wobei letztere in ihrer demokratischen Struktur allenthalben verbessert werden müssen), die den Kampf um Demokratie und Emanzipation in der Südtiroler Gesellschaft fördern und — so hoffen wir — zum Erfolg führen.

1) Begriff „historischer Block“ laut: Luciano Grappi aus Gramsci, Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg 1977: „Mit der Hegemonie wird ein historischer Block errichtet, das heißt... eine Einheit unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Kräfte... Neben dem Begriff der Hegemonie wird in diesem Zusammenhang der Begriff der Vorherrschaft auf... Die Vorherrschaft bedeutet Herrschaft und Führung. Mit der wachsenden Fähigkeit, die politische, ideale und moralische Führung zu übernehmen, erweitert die bislang subalterne Klasse ihre Hegemonie. Die Vorherrschaft ist bedroht, wenn zwar die Herrschaft aufrechterhalten werden kann, aber die Führungsfähigkeit schwindet, sobald die politisch herrschende gesellschaftliche Klasse nicht mehr störungsfrei führen und die Probleme des Gemeinwesens nicht mehr lösen kann und die Weltanschauung zugewiesen wird, die sie vorher als allgemeingültige durchsetzen konnte. Die bislang subalterne gesellschaftliche Klasse wird ihrerseits Führungsmacht, wenn sie konkrete Lösungen für die Probleme angeben kann, sowie mit ihrer Weltanschauung neue Anhänger gewinnen und das Bündnisystem, das sich um sie herum herausbildet, zusammenhalten kann.“

Die fünfte Dimension

„Nostalgie ist eine wesentliche Dimension des Menschen. Sie entspringt dem sich erinnernden Denken.“

(ARUNDA 5)

Resozialisierung

„Wir waren der Meinung, daß man einen jungen Mann wegen seiner früheren Tätigkeit nicht abstempeln kann und ihm die Chance zu einer Bewährung gegeben werden soll.“

(F. Waldner zu Franz Pahl, Sonntagshlatt 4)

Wird schon gut gehen!

„Kandidaten der JG auf die Liste zu bringen ist keine besondere Kunst. Die Schwierigkeit liegt darin, sie bei der Wahl auch tatsächlich durchzubringen.“

(Profil 1/73)

„Nomen est Omen“

Die Dolomiten werden immer eher Unruheherde werden tausend besetzt. Solche Planierungen befürwortet selbst der oberste Landschaftsschützer, der nur gegen Belanglosigkeiten und rote Kinderzeitungen zu ramplieren pflegt. Alpenglühen gibt es in den Dolomiten auch keines mehr. So verpönt ist alles Rötliche.

Der grüne Horizont wird schwarz und schwärzer, immer brücker nun mit Bruno, hōpsasä tirallala.

Die SVP — auch ohne Aiz — ist völlig ausgefüllt. Trotzdem benediktifiziert sie alles auf Landesebene und blöfft auf Staatsebene. Das Peterle der jungen Generation läßt man gegen die Liniken weiterr. Die Arbeitnehmer werden aber zusehends saurer, weil ihnen kein Gehör geschenkt wird. Die alten Magnaten regieren ungestört, denn die Oppositionellen können ja nichts als nichtsitzeln unter Bir- und (K)erschbaum herumlangern, freien, stechen..., während die Regierenden Bruggen

bauen, Rubel verteilen und Rützjen versopfen, um vor neuer Luftluft zu schützen.

Appropos Schützen: immer mehr hupsen und marschieren zur Volksbegeisterung durch jedes Unter-, Ober-, Hinter-, Aus- und Müttardorf. Jeder Mischl nützt diese Gelegenheit, als Hosen- und Kulturträger an die Öffentlichkeit zu treten.

Im Familienverband waldet ein sonderbarer Geist, der nun ausgerottet werden soll. Göttseidank, der Bischof benediktifiziert weder den Gampfen noch die Pakia-Gruppe, sondern weisst alle Opportunisten ab. Gebefry trotzdem alle Stimmen dem Familienverband, dem KVW, den SVP-Frauen, ihr Witwen und Waisenkinder, ihr Mütter ledig und verheiratet, all ihr Behinderte und Verhinderte..., wählt sie, sie ist der richtige Deegen.

Der eiserne Keil der Gastwirte treibt sich in alle Landesgesetze, die die derzeitigen Besitzverhältnisse gut wieder-

spiegeln: die Habenden staffeln ihre Reserven, die anderen begnügen sich mit ein paar Konserven...

Der Bauernbund hat seine Leute einmütig und vollzählig im Durawald beisammen. Dort wird auch die Jugend wie Vieh geweidet.

Unheimlich grehnert eine Maffia im Pustertal. Heiss wirds Pflaster auch in Brixen.

Dank unserer Autonomie gelingt es, jede Schützeform zu verhindern. Das Verdienst liegt bei beiden Köpfen, wo jede Reformidee (z. B. jene althekannte vom Pädagogischen Institut) abprallt. Auf das Pallaver der Hochschülerschaft brauchte man sie zu hören.

O tempora, o mores! Steuerhinterzieher und viel edles Volk wird vor Ananias und Kaiphas geschleppt. Gar manche Bürgermeister hat es darum vorgezogen, aus Gesundheitsgründen abzudanken.

Ruhe, des Bürgers erste Pflicht, gibt es keine mehr. Denn die Park- und Hintermänner werkschaften unentwegt.

O felix patria, wie herrlich sind deine Dolomiten, wie treu und einig dein Volk!

satyr

Die Vereinigung der Wehrdienstverweigerer

LOC

(Loca degli obiettori di coscienza)

Die Vereinigung der Wehrdienstverweigerer VVW-LOC hat uns eine kurze Beschreibung ihrer Tätigkeit zukommen lassen. Wir drucken diesen Beitrag gerne ab, da er auch einige Südtiroler Studenten, die auf diese Art ihre Militär-Probleme lösen wollen, angibt oder zumindest interessieren kann.

Die Vereinigung der Wehrdienstverweigerer ist eine politische Bewegung, die alle Personen einschließt, die gegen den Autoritarismus der Institutionen kämpfen und es ablehnen, einen Militärdienst zu leisten.

Die Organisation wurde im Jänner 1974 anlässlich des ersten Kongresses der Wehrdienstverweigerer gegründet, nachdem man gesehen hatte, daß das Verteidigungsministerium für die Wehrdienstverweigerer vor allem einen Zivildienst in sogenannten paramilitärischen Institutionen (z. B. Feuerwehr, Forstwache...) vorgesehen hatte.

Die Vereinigung der Wehrdienstverweigerer (im folgenden VVW) sprach sich geschlossen gegen diese Art des Zivildienstes aus und arbeitete wesentlich sinnvollere Vorschläge aus. Man wollte einen Zivildienst im Dienste der gesellschaftlich Benachteiligten leisten und mit diesen für ihre Rechte kämpfen, z. B. in den Stadtviertelkomitees,

kulturpolitischen Organisationen, Gewerkschaften usw.

In bezug auf den Einsatz der Wehrdienstverweigerer (WV) in Altersheimen, psychiatrischen „Heilanstalten“, Heimen für Behinderte, Krankenhäusern und dergleichen gibt es häufig Auseinandersetzungen unter den WVn selbst. Viele lehnen einen karitativen Zivildienst, der um Grunde genommen die bestehende Misere im Sozialwesen nur verschleiern hilft, ab. Alte und kranke Menschen haben ein Recht auf entsprechende Betreuung. Der (wenn auch gut gemeinte) karitative Dienst an diesen Menschen hat schon allein deshalb keinen Sinn, weil es kein dauerhaft garantierter und mit Fachkenntnis ausgeführter Dienst sein kann und weil dadurch viele Arbeitsplätze für fachgerecht ausgebildetes Personal verlorengehen. Der Zivildienst darf nicht dazu benutzt werden, die Fachkräfte zu ersetzen (wie denn auch?), sondern er soll den Kampf der von dieser Gesellschaft Benachteiligten unterstützen, auch den der Arbeitslosen!

Die VVW hat unter anderem auch die Forderung nach einem einmonatigen Schulungskurs durchgesetzt, der dann abgehalten werden kann, wenn mindestens 15 WV daran teilnehmen.

Die VVW kämpft auch gegen die immer stärker werdende Aufrüstung,

die eine sinnvolle Entwicklung der Gesellschaft behindert und mit Gewalt bedroht — nicht zuletzt durch die neuen Atomenergiepläne und den Ausbau der Militärindustrie.

Weiters untersucht die VVW in Zusammenarbeit mit der Metallarbeitergewerkschaft GVM-FLM immer wieder die Entwicklung der Rüstungsindustrie, die sich immer zu Lasten der Zivilindustrie entwickelt und versucht, die Produktion der Zivilindustrie zu fördern.

Die Selbstbestimmung der WV bzw. des Zivildienstes und die Selbstbestimmung der Inhalte und des Zweckes sind grundlegende Forderungen, die von WV beim Eintritt in den Zivildienst aufgestellt und getragen werden müssen, um eine Alternative zum Militärdienst aufbauen zu können.

Da es in der Provinz Bozen noch keine öffentlichen Körperschaften gibt, die eine Vereinbarung mit dem Verteidigungsministerium bezüglich der Einstellung von Wehrdienstverweigerern haben, versucht die VVW zur Zeit mit den Gewerkschaftsorganisationen zu verhandeln, um auch hier in Südtirol die Ableistung eines alternativen Zivildienstes zu ermöglichen.

Auskünfte können bei folgenden Organisationen eingeholt werden: „Südtiroler Kulturzentrum“, Waltherplatz 1, Bozen, Tel. 2 60 76 (Dienstag, Mittwoch, Freitag von 15 bis 18 Uhr); Michele Valentini/Claudio Nicolini, Villa S. Ignazio, via Laste 22, Telefon 8 03 82, Trient;

M.I.R. (Movimento Internazionale della Riconciliazione), Bozen, Südtiroler Straße 28, 4. Stock.

Welch ein Beitrag zur Völkerverständigung! *

Das Buch hat mich in mehrfacher Hinsicht bedrückt. Eine Dokumentation über die Folterung der Südtiroler politischen Gefangenen durch die italienische Polizei (Untertitel) kann keine erfreuliche Lektüre sein. Es wird Schreckliches darin berichtet über Mißhandlungen, die Südtiroler Verdächtige im Jahr 1961 erdulden mußten. Es besteht leider kein Anlaß, an der Richtigkeit der Aussagen zu zweifeln, und die einfache und oft unbeholfene Sprache, deren sich die Betroffenen bedienen, verstärkt den Eindruck der Authentizität.

Ich bitte, mich nicht für zynisch zu halten, wenn ich gestehe, daß es heute weniger der Inhalt dieses Buches ist, was mich beunruhigt, als vielmehr eine Reihe von Fragen bzw. die Antworten, die ich darauf finde.

Als Herausgeber dieser Dokumentation scheint der „Mondseer Arbeitskreis“ auf. Es handelt sich dabei um eine Organisation, von der ich annehme, daß sie die territoriale Zugehörigkeit Südtirols zum italienischen Staatsverband nie akzeptiert hat und nie akzeptieren kann. Ich weiß nicht, ob ich mit meiner Annahme irre, aber ich würde die Herausgeber und Verbreiter dieser Dokumentation in jenen Kreisen ansiedeln, die immer dann der Meinung sind, man müsse die Vergangenheit ruhen lassen, man dürfe nicht niedrige Rachegefühle schüren, wenn einem KZ-Aufseher der Prozeß gemacht wird. Irre ich? Irre ich wirklich? Ich weiß, das ist nicht dasselbe, das kann man überhaupt nicht vergleichen.

Es macht mich besorgt, daß in einem Bürger dieses Landes, der zu Formen des friedlichen Zusammenlebens gefunden hat, dessen Feindbild langsam unscharf zu werden beginnt, durch dieses Buch die Flammen des Hasses wieder auflodern können. Das ist ganz bestimmt nicht die Absicht. Aber was dann? Warum erfährt das Buch gerade jetzt eine Neuauflage? Mich beunruhigt es, daß diese Neuauflage gerade mit jenem Zeitpunkt zusammenfällt, an dem man die Zugehörigkeit Südtirols zum italienischen Staat mit dem Begriff „Selbstbestimmung“ erneut in Frage stellt: ein Zufall, bestimmt, aber meine Unruhe lasse ich mir nicht nehmen. Ich hatte geglaubt und gehofft, daß die Annahme des Pakets vor nunmehr bald zehn Jahren einen Schlussstrich unter die Vergangenheit gesetzt und gleichzeitig das Signal für einen neuen Beginn gegeben habe. Das Buch versetzt uns

zurück in die bitteren frühen sechziger Jahre. Warum will man das und wem nützt es? Ach ja, ich weiß, es ist zum Wohl des Südtiroler Volkes.

Der Abgeordnete zum römischen Parlament, Dr. Hugo Camper, der das Vorwort zu diesem Buch verfaßt hat, macht den Versuch, die Neuauflage damit zu rechtfertigen, daß die Dokumentation keine Anklage sein soll, „sondern vielmehr eine ernste Mahnung an alle politisch Verantwortlichen, alles zu tun, um zu verhindern, daß solche Vorfälle sich wiederholen“. Es ist mir nicht gelungen, Dr. Camper in seiner Argumentation zu folgen;

ich habe auch nicht eine Zeile gefunden, die ich nicht als unverständliche Anklage verstehen müßte, und wenn es die Gefahr gäbe, daß sich derartige Vorfälle wiederholen, dann wäre die Ursache ganz bestimmt zum Teil bei Veröffentlichungen wie dieser zu suchen. Von Dr. Camper stammt auch die Feststellung, viele Wunden seien vernarbt. Für mich bleibt hier die Frage, ob erneutes Aufreißen wirklich die beste Behandlung für heilende und gehheilte Wunden ist. C.A.

* SCHÄNDUNG DER MENSCHEN- WÜRDE IN SÜDTIROL

Schriftenreihe des „Mondseer Arbeitskreises“, Band Nr. 3

Unveränderter Nachdruck

Bezugsadresse: Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer, Postfach 160 143, D-85 Nürnberg

Eurokommunismus, der große Bluff

Atthesia Bozen, 1978; 6.500 Lire

Der Südtiroler David, Hans Benedikter (Abgeordneter im römischen Parlament, 37), ist ausgezogen, um den roten Goliath zur Strecke zu bringen, das heißt, dem Eurokommunismus „argumentativ zu begegnen“, ihm die scheinheilige Maske vom Gesicht zu reißen und ihn endgültig zu verdammen. Um dies zu erreichen, hat unser David viele Zeitungen, aber nur wenige Bücher gelesen und er war zu diesem Zweck auch vorübergehend Mitglied des Freundschaftsvereins Italien-DDR. Das Buch ist also hauptsächlich ein Konzentrat der täglichen Zeitungslektüre des Abgeordneten und deshalb gelingt es ihm nach dem zweiten Kapitel kaum mehr, über die Tagespolitik hinaus größere Zusammenhänge aufzuzeigen.

Der KPI bescheinigt der Autor jedenfalls eine beachtliche Unabhängigkeit von Moskau (S. 76) und eine Reihe von Qualitäten, die für den Wahlerfolg der Partei ausschlaggebend sind (S. 93 bis 94). Eher primitiv ist die Kritik an den kommunistisch-sozialistischen Gemeindeverwaltungen, die nach jahrzehntelanger DC-Mißwirtschaft und in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sicher keine Wunder vollbringen können. Auch die von den Kommunisten kontrollierten Genossenschaften der „Lega“ haben sich, im Vergleich zu vielen bankrotten Großunternehmen, gut gehalten.

Die Kommunisten schneiden jedenfalls in dem Buch oft sehr gut ab, so daß sich ein gewisser Widerspruch zum Gesamturteil über den Eurokommunismus ergibt. Gleichzeitig über-

nimmt Benedikter oft kritiklos Urteile, so zum Beispiel wenn er die Jahre des „Centro-Sinistra“ als eine einzige Enttäuschung bezeichnet.

Dem Lektor Dr. J. Rampold sind auch einige Fehler entgangen, von denen nur zwei angemerkt werden sollen. Auf Seite 94 setzt sich die KEI für eine gemeinsame Politik „gegen Antifaschismus und Antimperialismus“ ein. Auf Seite 112 heißt es: „Eine Umfrage ergab damals, daß sich über 80 Prozent der DC-Mitglieder gegen jede Zusammenarbeit mit der DC aussprachen.“ Sicher liegt auch in dieser Formulierung eine gewisse Wahrheit.

Zum Abschluß kann noch gesagt werden, daß das Buch mit seinen aufgezeigten Grenzen sicher eine Bereicherung für die politische Diskussion in Südtirol darstellt. Es wird der Versuch gemacht, zu argumentieren und nicht sofort zu verteufeln, und das ist sicher ein Fortschritt. Das Buch paßt eindeutig zur gegenwärtigen Linie der SVP. Der Antikommunismus wird sich bei den Wahlen, im kommenden Herbst und auch in den nächsten Jahren, als guter Kleister für die Sammelpartei bewähren. In gleichen Zug kann man auch den Arbeitnehmern der SVP und der deutschen Linksoption ein übers Ohr hauen. Als ungewollte Nebenwirkung wird die KPI als Oppositionskraft auch in der deutschen Bevölkerung immer mehr Anklang finden, nach dem Motto „viel Feind, viel Ehr“. Langfristig könnte sich daher der Antikommunismus der SVP als Bumerang erweisen.

a.b.

Die Ur-Szene

E. Borneman, S. Fischer

Die „Ur-Szene“, ein von Sigmund Freud entlehnter Ausdruck, ist der Titel des neuesten Buches von Ernest Borneman. Es ist nicht nur die Autobiographie eines ungewöhnlich interessanten Menschen, sondern vielmehr die Aufdeckung und Demaskierung der Krise unserer abendländischen Gesellschaft. Dr. Borneman, obwohl psychoanalytisch geschult, ist davon überzeugt, daß „wo die Umwelt und nicht das Individuum pathogen ist, da muß die Umwelt und nicht das Individuum therapiert werden“. Ernest Borneman wurde 1915 geboren und arbeitete bereits als 16jähriger in Berlin mit Wilhelm Reich zusammen. Am 18. 1933, mußte Ernest, obwohl „Arier“, Deutschland verlassen. Er war und ist überzeugter Linker. Hier muß daran erinnert werden, daß unter den ersten Emigranten meist Sozialisten und Kommunisten waren und daß schließlich die ersten Opfer der Konzentrationslager deutsche Sozialisten und Kommunisten und nicht Juden waren. Borneman ging nicht nach England um sich zurückzuziehen und vor dem NS-Regime zu kapitulieren, sondern um es von außen zu bekämpfen. In Deutschland war eine Anti-Hitler-Kampagne bereits schier unmöglich geworden. 1933 lernte der 18jährige den bekannten Regisseur S. M. Eisenstein kennen, 1934 war er Brecht bei der Übersetzung des „Dreigroschenromans“ ins Englische beifällig. Brecht war mit der ersten Übersetzung, von Desmond I. Vesey, unzufrieden. Als Gegenleistung half Brecht Borneman bei der Umschreibung seines ersten Theaterstückes „The Windows of Heaven“. 1935 arbeitete Borneman als Lektor in der Dramaturgie einer Londoner Filmgesellschaft, die sich allerdings bald auflöste, da der Chef des Unternehmens sich unsterblich in Marlene Dietrich verliebte. Ebenfalls 1935 begann er mit seinen Studien bei V. G. Childe (Vorgeschichte, B. Malinowski und M. J. Herskovits (Kulturanthropologie). 1936 wurde er als Volontär bei BBC angenommen, welche November 1936 gegründet wurde. 1939 war er Kameramann bei dem ersten Filmteam, das mit drei beweglichen Kameras operierte. Im Mai 1939 wurde er als Staatenloser interniert und nach Kanada deportiert. 1940 unternahm er ethnologische Studien bei den kanadischen Eskimos und Indianern, die noch nach der matrilinearen Descendenz ihren Verwandtschaftsgrad determinieren. Im selben Jahr lernte er den Psychoanalytiker G. Roheim kennen, bei dem er sich einer Lehranalyse unterzog, deren Resultate auch die Ausgangspunkte des Buches bilden. Ab 1941 lebte er in einer Wohngemeinschaft, wiederum in London. Abendliche Gäste waren hier die Ex-Komintern-Funktionäre Padmore, Griffith und Christie; Eric Williams, heute Premierminister von Trinidad und Tobago; Nnamdi Azikiwe, später Staatspräsident von Nigeria; Jomo Kenyatta, später Staatspräsident von Kenia; Dr. K. Hlasiński-Banda damals Arzt in einem Armenviertel, später Staatschef von Malawi; Dr. H. Moody, Gründer der Liga der farbigen Völker. Zu den selteneren Gästen der Wohngemeinschaft gehörten Prinz Peter von Griechenland, der Säbener Paul Robeson, der Gefängnisreformer Sir Alexander Paterson, C. R. Buxton, der Sprecher der Labour-Party in Kolonialfragen und Kwame Nkrumah, der spätere Staatspräsident und Gründer von Ghana. In dieser Wohngruppe wurde also der Grundstein des neuen Afrika gelegt. Bereits früher lernte Borneman C. L. R. James, den ideologischen Vater der „Black-Power“-Bewegung kennen und befreundete sich mit ihm. Über Kenyatta schreibt Borneman: „Daß es ausgerechnet Kenyatta war, der dem israelischen Heer am 3. Juli 1976 den Militärflughafen Nairobi zur Verfügung stellte, hat, um anzunehmen und den Rückzug aus Uganda decken zu können, beweist, wie schnell und wie ertüchlicht die bürgerliche Welt ehemalige Sozialisten (selbst so harte Brocken wie Kenyatta) zu schlucken vermag.“ In diesen

Jahren spielte der Autor Jazz, anfangs Klavier, dann Bass, und zwar mit Stimmen geringeren als Armstrong, Cab Calloway und Duke Ellington. 1947 wurde Borneman nach Paris geholt und war kommissarischer Chef der Filmabteilung der UNESCO. „UNESCO war ein entsetzliches Erlebnis: ein Riesenapparat, der keine andere Funktion zu haben schien, als sich selbst zu perpetuieren.“ 1949 wollte er mit Orson Wells, der gerade einen Kenner der griechischen Mythologiegeacht hatte, die Odyssee drehen. Das Drehbuch wurde später an Carlo Ponti und Dino de Laurentiis verkauft, die es mit Kirk Douglas und Silvana Mangano drehten. 1950 strahlte CBS in New York das erste Fernsehspiel von E. Borneman „Tremolo“ aus. Regisseur war Yul Brynner. Zwischen 1940 und 1959 schrieb der Autor an die 400 Funk- und Fernsehsendungen über Jazz, zwischen 1950 und 1954 wirkte er bei 28 Fernsehsendungen mit, zwölfmal als Autor, siebenmal als Regisseur und neunmal als Produzent. In den fünfziger Jahren schrieb er eine wöchentliche Spalte in der Musikzeitschrift „Melody Maker“. Er war es auch, der den Begriff „beat music“ prägte. 1960 baute Borneman das „Freie Fernsehen“, Vorgänger des ZDF in Frankfurt auf. Das „Freie Fernsehen“, das der CDU/CSU als Werbemassennedium dienen sollte, war kurzweiligerweise mit sozialistischen Arbeitern besetzt. Nach Ansicht von Dr. Borneman war es „das fortschrittlichste Fernsehteam in der Geschichte der westlichen Massenmedien“. Zwei Monate nach Sendebeginn wurde es auf gerichtlichen Beschluß hin aufgelöst. Der gesamte Nachlaß wurde an das ZDF verkauft. 1970 übersiedelte Borneman mit seiner Frau nach Österrreich, in eine besonders ruhige und ebenso schöne Gegend, lebt dort in einem schönen, zum Teil selbstgebauten Haus inmitten seiner über 22.000 (gelesenen) Bücher. Heute lehrt er Soziale Kulturpsychopathologie am Psychologischen Institut der Universität Salzburg. 1975 promovierte Borneman zum Dr. phil., er holte nach, was ihm Hitler in seiner Jugend unmöglich machte — ein später Triumph über Hitlers Regime und seine Repressionen. Oberhaupt war sein ganzes Leben gekennzeichnet vom Widerstand gegen jedwede Macht, gegen jede Diktatur, gemäß der Ansicht seines Vaters, der zu sagen pflegte: „Ich würde gegen eine Diktatur selbst dann kämpfen, wenn sie meine eigene Meinung diktiert.“ Borneman war und

ist ein Mensch, der sich gegen jede Abhängigkeit wehrt, sonst wäre es auch nicht zu erklären, daß er eine Stellung fristlos kündigte, weil sein Arbeitgeber ihm nicht drei Stunden freigegeben wollte, die er benötigte, um einen Wunsch seines Freundes zu erfüllen. Was in dieser Rezension nicht richtig zur Geltung gekommen ist, was aber die eigentliche und zentrale Arbeit des Dr. Ernest Borneman darstellt, ist die Sexualforschung. Ihr hat er sein Leben gewidmet, seit er Schüler Wilhelm Reichs war, sie ist sein wahres Forschungsfeld und sie ist auch diejenige, welche die Deutungen, Folgerungen und Interpretationen seiner Ur-Szenen so interessant und aufschlußreich machen. Allerdings sieht Borneman, nicht wie etwa Wilhelm Reich, in der Sexualität, bzw. ihren pathogenen Formen, Neurosen und Problemen das Ei des Kolumbus, sondern sieht den pathologisierenden Faktor in der Form, in der Struktur der Gesellschaft. Er ist davon überzeugt, daß unsere spezifische Gesellschaftsstruktur die Ursache der Neurose darstellt und daß alles, was an einzelnen Patienten beobachtbar ist, nur ein Symptom dieser spezifischen Form der Gesellschaft ist. Dieses Buch ist schließlich auch eine Zusammenfassung dessen, was er, der Autor, getan hat, um gegen die Ström des „Normalen“, des „Abhängigkeits“ anzukämpfen. Es ist aber auch ein Buch, das man als Beispiel sehen kann, als Beispiel dafür, daß es möglich ist, dem Sog unserer Gesellschaft zu enttrinnen. „Die wirklich Besten, die wirklich Tapfersten unseres bürgerlichen Zeitalters sind also diejenigen, die das Zeug zum „Aufstieg“ in die bürgerliche Hierarchie in sich haben und gleichzeitig die Kraft besitzen, den Versuchungen zu widerstehen.“ Es ist ein Buch, das zeigt, daß man nur mit Mut, Selbständigkeit und Zusammenarbeit konkrete positive Resultate erzielen kann. In diesem Sinne möchte ich abschließend noch einen Absatz aus diesem Buch zitieren: „Ich habe seit meinem 15. Lebensjahr in sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Gruppen gearbeitet und kann aus lebenslanger Erfahrung sagen, daß die Praxis an der Basis aller drei Gruppen identisch ist, daß die Menschen in den drei Gruppen einander ümhel wie ein Ei dem anderen — die gleiche Disziplin und die gleiche Opferbereitschaft, die man in bürgerlichen Parteien nie in gleichem Maße vorfindet. Nur die Funktionäre versuchen uns einander vorzumachen, es bestünden tiefe psychologische Unterschiede zwischen den drei Gruppen. Wir kämpfen mit den gleichen Mitteln für die gleichen Ziele, und wer uns zu trennen sucht, der schädigt uns alle und nützt unseren gemeinsamen Gegnern.“ Oskar Ausserer

Vom 24. Juli bis 5. August 1978
finden die diesjährigen

Salzburger Hochschulwochen

statt.

Heuer steht das Thema „Werte, Rechte, Normen“ auf dem Programm.

1. VORLESUNGEN
1. Woche: 24. bis 29. Juli
2. Woche: 31. Juli bis 5. August
2. SEMINARE
2 achtstündige Wochen
3. ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
2 achtstündige Wochen

Dazu sind folgende
Lehrveranstaltungen geplant:

Das genaue Programm kann
bei folgender Adresse
angefordert werden:

SALZBURGER HOCHSCHULWOCHEN
Postfach 219
A - 5010 SALZBURG
ÖSTERREICH

In begrenzter Anzahl können die Programm-
prospekte auch bei der SH bezogen werden.

Difficile est...

Bei aller ehrlichen Mühe konnten wir nicht herauskriegen, was Wolfgang Raffheimers Leserbrief (SKOLAST 1/78) mit uns zu tun haben sollte. Es war uns nicht gegeben, des „Pudels Kern“, unseres Freundes Absicht zu begreifen.

Verstehen wir uns nicht falsch: wir tun nicht etwa nur so, als hätten wir nicht verstanden, weil uns die Botschaft unangenehm ist. Nichts ginge mehr an der wahren Sachlage vorbei als eine solche Vermutung. Wir haben nämlich *tatsächlich* nichts mitgekriegt. Schließlich wollten wir uns damit abfinden, daß die Antwort wohl nie würde gefunden werden können. Ob nicht am Ende gerade hier der Beweis begraben liegt, daß wir am toten Punkt (Raffheimers) angeknirscht sind?

Da konnten wir den Gipfel einer plausiblen Lösung entdecken, haben daran gezogen, gezogen, gezogen... Und da war sie: Herr Raffheimer (dem wir an dieser Stelle danken) wollte uns ein Kompliment machen! Richtig hingehört, ein echtes, steinbartes, greifbares Kompliment! Als wir nämlich seine Zitate aus Horkheimers „Die gesellschaftliche Funktion der Philosophie“ (1940) zweimal, fünfmal, siebenmal durchgelesen hatten, ging uns ein Licht auf: der Mann ist auf unserer Seite, der Begründer der „Frankfurter Schule“ ist auch ein „Kritisches Forment“, wir sind in guter Gesellschaft!

Das nennt man Ehre, hiezulande. Zuviel Ehre, um wahr zu sein? Zuviel Ehre für SH und SKOLAST? Meinen Sie?

Wir geben zu, das ist nun der schwache Punkt in unserer Argumentation. Aber was dann?

Giorgio Bocca (und somit hätten auch wir eine Großmacht zitiert) hat kürzlich geschrieben, daß er mit zunehmendem Alter von der Manie der Weisheit befallen worden sei. Ein großes Laster, fürwahr! Ob's das ist?

SENECTUTEM INTELLIGERE DIFFICILE EST...

Wohi wir schon gerade dabei sind, uns Ehren anzumafsen, die uns (scheinbar) nicht zustehen, sei noch eine kurze Bemerkung erlaubt. Der SH ist es wiederum gelungen, Bewegung ins Wasser eines Trinkglases zu bringen. Keine Angst, das ist nun wirklich nicht unser Verdienst!

Nein. Dafür hat der Teutonenfürst Franz (Josef?) Pahl gesorgt. Und da liegt nun wohl die Ehre, von der wir vorher sprachen. Keine Ehre, sagen Sie? Nun, wenn ein solch „aufrechtes Fähnlein“ dahergeschossen kommt

und sich in ein Wasserglas stützt, um große Wellen zu schlagen, ... der SH wegen — dann soll das keine Ehre sein?

Lesen Sie Pahls Zuschrift in „Dolomiten“ 14.2.1978 (lesen Sie übrigens immer die „Dolomiten“ und hören Sie immer Radio, denn Fürst Pahl gibt viele Interviews und Erklärungen ab und sorgt für Schlagzeilen) und Sie werden uns verstehen. Pahl, der Volkstums-Champion unseres schönen Landes (in letzter Sekunde scheint er jedoch von einem gewissen Prof. Thaler überholt worden zu sein — wer hätte das noch für möglich gehalten!), legt sich mit der SH an. Wollen Sie wissen warum? Weil die SH die Einladung einer KPI-Delegation, sich mit ihr kurz zu treffen, angenommen hatte! Und das hat des Fürsten Gemüt erregt.

Und weiß er sich seiner Bedeutung bewußt ist, protestiert er immer gleich zweimal: beim Rundfunk und „tat es dann noch einmal“. Lesen Sie seine Zuschrift, lesen Sie!

Nun, dieser Mann, für den der Triumph-Ruf „Pahl ist tot, es lebe Pahl“ (siehe Familienverband-Affäre) ertönen worden ist, bezichtigt die SH-Führung des politischen Dilettantismus.

Ein schwerer Schlag, fürwahr, wenn nicht...

Tja, wenn dieser Vorwurf nicht von unserem bekanntesten Polit-Amateur, vom politischen Dilettanten „per excellencia“ unseres Landes stammen würde.

Der Leserbrief Prof. Luis Thalers („Dolomiten“ 14.2.1978) hat uns sehr gut gefallen.

Mit Zorn und Trauer soll er von unserer Begegnung mit Kommunisten vernommen haben. Falls etwas zurückgeblieben ist, Prof. Thaler, seien Sie sich unseres Mitleids gewiß!

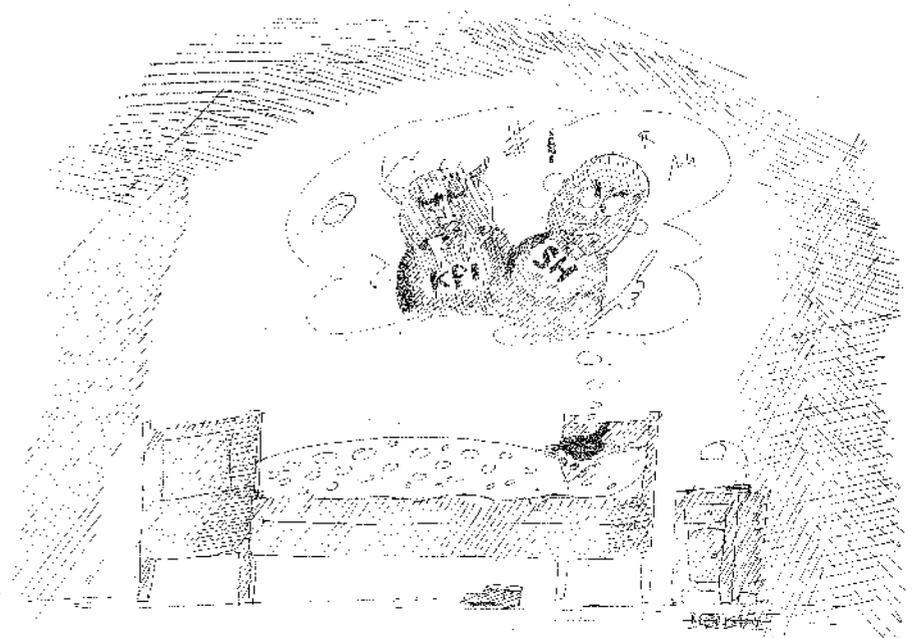
Nur etwas möchten wir zu Ihrem Leserbrief bemerken. Sie schließen Ihr Traktat mit den schweren Worten: „Das christliche Abendland darf nicht abermals in Blut und Tränen ersäcken.“ Urgreifender Appell, wahrlich! Wie recht Sie doch haben! Wir pflichten Ihnen vollkommen bei. Aber sehen Sie, Herr Professor, gerade deshalb hätten Sie Ihren Leserbrief nicht schreiben sollen: denn, wissen Sie, das christliche Abendland kann auch vor lauter Gelächter ersticken.

Und nun zum Abschluß noch eine kurze Bemerkung.

F. Pahl scheint zu glauben, die SH sei der Wegbereiter für den Kommunismus.

Es sei uns erlaubt, für einen Augenblick aus unserer politischen Reserviertheit herauszutreten, um darauf klar zu antworten. Wir wären also die Wegbereiter des Kommunismus? Wir? Tatsächlich wir? Aber schauen Sie sich doch um: die echten Wegbereiter, die die „Kommunisten“ überhaupt erst notwendig zu machen scheinen, sind doch gerade Figuren wie Pahl und Prof. Thaler — der eine grenzenlos ambitionös und kurzsichtig zugleich (eine katastrophale Mischung!), der andere hoffnungslos eingeschlossen in sein zeitloses „Königsberg“, das er nicht einmal für einen Spaziergang zu verlassen scheint. Pahl scheint zudem noch zu jener Sorte gesunder Trolche zu zählen, die schon auf Heinrich Heine einen so großen Eindruck gemacht hatten.

Hochachtungsvoll
Die Redaktion



F. Pahl's Trauase

Entlarvt?

Zur Stellungnahme des Ausschußmitgliedes Robert Hochgruber „Minderheit und Demokratie in der SH“ — Skizze 1/78.

Der selbsternannte Oppositionsführer im SH-Ausschuß hat ihn endlich entlarvt, diesen Despoten, der nach außen hin bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von Demokratie und Demokratisierungsprozeß predigt, intern aber mit eiserner Hand einen demokratischen Zentralismus praktiziert und die Minderheit im SH-Ausschuß mit allen möglichen und unmöglichen Tricks und Fouls unterdrückt.

Ein Diktator wie er im Bilderbuch steht: der Vorsitzende der SH — ich selbst!

Darüberhinaus beschäftigt sich dieser Knabe tagen-tagens mit gesellschaftspolitischen Fragen (linken natürlich), zieht alles in den Dreck, was auch nur den Geruch nach SVF und Ablegem hat, manipuliert die Studenten politisch, belästigt immer wieder die öffentliche Meinung, stellt volkstumspolitische Positionen in Frage, verhilft den Kommunisten in Südtirol zum Wahlsieg und tut auch sonst alles, aber auch alles, außer die spezifischen Interessen der Studenten zu vertreten.

Sie können und wollen es kaum glauben, daß die SH so tief gesunken ist? Warten Sie ab, bis Sie mehr zu Papier Gebrachtes gelesen haben und ich garantiere Ihnen, Sie sind von diesem Verein geläutert.

Da wirft Kollege Hochgruber die Frage auf, ob denn der Großteil der Innsbrucker Studenten denn mit Scheckklappen herumlaufe, da dort bei den letzten Wahlen die Hochburg der derzeitigen Mehrheit in ersten Ansturm genommen und besetzt worden sei.

Aber bitte, da möchte ich doch im Namen all jener Studentenorsch behaupten (ich bin sicher, sie legitimieren meine Aussage a posteriori), daß sie nach bestandener Matura immerhin ein „Reifezeugnis“ in die Hand gedrückt bekommen haben, das sie als geistig vollwertig entwickelt deklariert und somit wohl mit ihren eigenen Gehirnganglien überlegen und zwischen links und rechts natürlich unterscheiden können.

Allerdings, da munkelt man so hinter vorgestreckter Hand, sollen damals so etliche Studenten aus Bozen nach Innsbruck zur Wahl geschleust worden sein — natürlich ganz rein zufällig. In Zweifel zu setzen, daß diese Studenten etwa nicht unabhängig von jeder politischen Hinterkraft ihren Wahlzettel in die Urne gesteckt haben, also das wäre jetzt wirklich eine glatte Unterstellung.

Und nun zu einem zentralen Punkt, welcher der SH nicht nur vom Kollegen Hochgruber immer wieder unter die Nase gerieben, sondern von all je-

nen vorgeworfen wird (besonders von unserem hochgeschätzten „Tagblatt der Südtiroler“), die gerne eine brave und festsche SH sehen würden, die nur am Studium denke, sich schon gar nicht mit Politik beschäftigt (die hat immer Dreck am Stecken) und wie ein Steuermann die Studenten mit sicherer Hand durch sämtliche Studiennippen schiffel, um ihnen dann einen gesicherten Platz in Wirtschaft und Verwaltung zu sichern.

Ja, Sie haben es auf Anhieb erfaßt, die SH beschäftigt sich ausschließlich mit Gesellschaftspolitik und schiebt die Interessenvertretung der Studenten nur als Alibi für ihre Existenzberechtigung vor.

Ein bißchen allerdings darf man kritisieren, so Hochgruber, man soll ja nicht alles hinnehmen und wiederkaufen.

Wieviel davon? 10%? — Rest wertfreie Interessensvertretung? Für alle, von allem ein bißchen?

Nein, Prozentsätze schließen wir doch lieber aus. Aber daß man die Interessenvertretung der Studenten vor lauter gesellschaftspolitischem Engagement vergift, oder doch zumindest stark in den Hintergrund drängt, das haut dem Faß endgültig den Boden durch.

Er hat ja so recht, unser Freund Hochgruber! Auf gewerkschaftlichem Gebiet leistet die SH nichts, aber schon rein gar nichts.

Denn daß man sich heuer wegen der Stipendien und wegen des bestehenden Durcheinanders in diesem Bereich herumgeschlagen hat und bei Pontius und Pilatus vorstellig geworden ist und interveniert hat, das ist keine studentische Interessenvertretung, sondern Persönlichkeitskult des Vorsitzenden und seiner Vorstandmitglieder, die die glänzende Gelegenheit wahrgenommen haben, um sich bei Politikern und Beamten einzuschreiben.

Daß das Assessorat für Schule und Kultur an die SH mit der Bitte herantrifft, sie möge die Stipendienregelung untersuchen und Verbesserungsvorschläge einbringen, und daß dabei selbst ganze Sonntage geopfert worden sind, das ist keine Interessenvertretung. Denn wenn ein Assessor einen Wunsch äußert, dann ist das für die SH ein Befehl — und wir wollen uns doch nicht wegen Befehlsverweigerung unter Anklage stellen lassen.

Wenn man bemüht ist, Dissertantenbehilfen aufzutreiben, dann ist das nur eine Privilegierung einiger weniger Studenten, also verwerflich.

Wenn sich die italienisch-österreichische Kommission für Studentenförderungsfragen trifft und die SH so viel als möglich vorzubringen versucht, dann ist dies ebenfalls nichts, man hätte ja noch mehr herausholen können.

Wenn täglich zig Maturanten über Gott und die Welt eine Auskunft verlangen, dann ist diese Tätigkeit keine spezifische Studentenvertretungsarbeit, denn Maturanten fallen noch in die Kategorie Schüler, haben also mit der SH als Studentenvereingung nichts zu tun.

Und, um diese sicherlich nicht vollständige Liste zu schließen, wenn man monatlang an einem neuen Maturantenfürher arbeitet, der demnächst herauskommt, dann ist dies auch keine Interessenvertretung. Denn alles, was die SH zu Papier bringt, kann doch nichts anderes als wieder einmal etwas linkslastig Politisches sein. Wie gehabt, der Maturantenfürher als Indoktrinationswerk revolutionärer Elemente!

Daß dabei die Minderheit im SH-Ausschuß unterdrückt wird, wundert niemanden mehr. Von Mitspracherecht und Mitarbeit kann schon gar keine Rede sein. Wo kämmer wir auch hin? Zuerst schwitzt man um eine Mehrheit und wenn man sie endlich erreicht hat, soll man auch noch die Befugnisse teilen, die beim harte orthodoxe Linie etwa verwässern? Nein, das kommt gar nicht in Frage. Wer die Mehrheit hat, soll kommandieren, die Minderheit hat schweigsam stramm zu stehen.

Daß es innerhalb des SH-Ausschusses eine Statutenkommission gibt, die paritätisch von Mehrheit und Minderheit besetzt ist und daß es eine weitere Ausschularbeitsgruppe gibt, die sich mit der Erlangung des passiven Wahlrechtes auf Hochschulebene in Österreich befaßt und in der zwei Mitglieder der Minderheit und nur ein Mitglied der Mehrheit vertreten sind, das hätte man wahrlich nicht für möglich gehalten.

Daß bei der Vorbereitung zur Studientagung auch die Minderheit miteinbezogen wird, und dies nicht nach proportionaler Stärke im Ausschuß, sondern nach Arbeitslust eines jeden einzelnen... da schweigt des Sängers Höflichkeit.

Über das Lieblings Thema von Kollege Hochgruber, den Südtiroler Jugendring (SJR), muß ich wohl auch noch zwei Worte verlieren: Hat es sich doch wieder einmal gezeigt: der Minderheit gesteht man auch rein gar nichts zu, nicht einmal das Recht, einen der zwei SH-Vertreter im SJR aus den eigenen Reihen zu stellen. Diese müssen natürlich durch Wahl bestell werden, demokratisch geht das zu in der SH. Aber warum denn gerade wählen, wenn sonst die SH bei allen Verbänden und auch sonst, wo sie angeblich mitmischen, vom Vorsitzenden vertreten wird, der, wenn er sich hie und da ein privates Stündchen gönnt, eben jemanden anderen delegiert?

Zugegeben, das war immer der Fall, aber der SJR ist doch ganz was anderes! Dieser ist nämlich für Hochgruber die Institution des Jahrhunderts in Südtirol, wegweisend für ganz Euro-

pa und darüber hinaus, von unaussprechbarer Bedeutung für Jugend und Volk, die Kreation — jesch und einig!

Hier muß man Ausnahmen machen vom Vertretungsrecht des Vorsitzenden — und Ausnahmen bestätigen immer die Regel. Und zusätzlich: Wenn der Vorsitzende dem SH-Ausschuß über ein Fünf-Minuten-Gespräch mit dem Chef des SJR nicht berichtet, so ist das sehr suspekt. Man könnte eventuell volkstumpolitische Positionen in Frage gestellt oder einen geheimen Pakt geschlossen haben, wie etwa — aber das bleibt natürlich unter uns —

daß wir im nächsten Jahr die Rollen tauschen, ich SJR-Chef, er SH-Chef. Daß die Kommunisten in irgendeiner Weise eine Rolle bei unserem Gespräch gespielt haben, das wittert doch jeder. Sie lassen nämlich überall ein Schwefelgeruch hinter sich, wo sie einmal gewesen sind.

Geschätzte Leser, es geht dem Ende zu, in jeder Hinsicht: Sie werden sich jetzt sicherlich nicht mehr wundern, wenn sich Freund Hochgruber und viele seiner Kollegen (wer?) durch all diese Machenschaften nicht mehr durch den Vorsitzenden vertreten wissen.

Nur noch eins zum Schluß: Die Studenten als Klasse ins Sozialgefüge einzuordnen ist ein Fehler, der nicht gemacht werden darf. In gesellschaftspolitischen Fragen im Namen aller in der SH organisierten Studenten zu sprechen, wird sich der Vorstand nicht anmaßen. Die SH würde ihrer Funktion allerdings nicht gerecht werden, wenn sie nicht zu anfallenden Problemen Stellung beziehen würde.

Auf Wiederlesen bis zum nächsten Mal, Ihr

Günther Pallaver
SH-Vorsitzender

Christ und Antichrist

Credo in unum Deum

Die „Internationale Akademie der Bildenden und Schönen Künste zu Altenburg/Südthof“ (das Statut datiert: 17.2.1978), brachte am 31. März das Stück „Christ und Antichrist“ zur Auf-führung.

Idee: Klaus Löwitsch
Text: Chrysostomus Haer
Musik: Hans Poscga
Regie: Klaus Löwitsch

Mir wurde eine Einladung zugeschickt: „Die Internationale Akademie ... usw. gibt sich die Ehre ... usw. Anschließend Empfang im Kaminsaal ... Abendanzug.“ (Vortrefflicher Druck, durchaus internationalem Niveau entsprechend). Da suche ich also meine dunkleren Kleidungsstücke zusammen, auf „Abendanzug“ und fahre nach Neustift, dem Ort der Erstaufführung. Nach einigem Herumlaufen finde ich auch die Süßkirche des Chorherrenstifts. In der prunkvollen Kirche vorne, vor dem Altar die Musiker, links die Sängerinnen, sehr diskret in langen, schwarzen Kleidern, rechts die Männer, ebenfalls schwarz, F. Orgel, dahinter Pauken, Trompeten, E. Gitarre, Baß, Violine, Schlagzeug, ein beliebiger Tenor, das Ganze beherrscht vom Dirigenten, Blumen davor: ein farbenprächtiges Bild. Ausgezeichnete Bekleidung. Die Bänke sind alle besetzt — es ist kein Gedränge — dezente Herren, Damen in mehr oder weniger langen Abendkleidern — Felze.

Die Musik geht ins Ohr. Mir fallen verschiedene Rock-Pop-Operas ein. Rhythmen erinnern an die alten Deep Purple, die Who ... Ein Herr neben mir klopft mit dem Fuß den Takt mit. „An wen sollt ich glauben und wozu?“ Der Chor ist gut. Ein Sprecher, es gibt deren zwei, fragt nach dem Sinn des Lebens: schuffen — lieben — Geld verdienen? Der andere Sprecher steht unter den Zuschauern: „Ich, ein Werk des Schöpfers ... ich ... von Gott gewollt ...“ Die Kirchenorgel setzt ein, majestätisch. Der Sprecher, eindeutig der Christ, lobt echte Freundschaft.

Treue, Liebe ... ohne Vorbehalt. Der Antichrist, aggressiver Intellektueller, brüllt sein Glaubensbekenntnis: „Gott ist tot ... ich will mein eigener Herr sein ... man muß den Menschen bejahen, indem man Gott verneint ... Mensch, als Gipfel der Entwicklung ...“ Musik. — „Gott kam in diese Welt“, behauptet Sprecher Christ. Er hat den Chor auf seiner Seite; beschwingt, sehr melodisch tönt es „Gott kam ...“ Der Antichrist rächt sich, indem er die Kanzel besteigt und von seiner Höhenwarte aus ironisiert: „Ich sehe nichts von eurem Gott ... was ich entscheide, verantworte ich selbst ... aus eigener Kraft ... kein Gott hat geholfen ...“ Die ökologische Frage wird aufgeworfen: schaut Gott nicht zu, wie der Mensch die herrliche Natur zerstört? — Ich finde da einen Widerspruch; ein totgesagter Gott sieht zu, wie der Mensch sein Werk zerstört ... Nichtsdestoweniger donnert der Antichrist: „Es gibt ihn nicht!“ Der Christ, weniger impulsiv, besinnlicher, aber schwer verständlich wegen der Akustik, meint: „Die Frage (wo bleibt Gott) ist alt und neu zugleich.“ Nach philosophischen Gedanken über den Sinn des Unglücks wiederholt er: „Gott kam in diese Welt.“ Der Chor nimmt den Slogan auf: schön, wie sie so singen. Ein Tourist in Jeans und blauer, flatternder Jacke stört das Abendkleidpanorama, segelt durch den hinteren Teil des Kirchenschiffs. Der Christ startet einen weiteren Versuch, seinen Widersacher zu überzeugen: „... Auferstehung ... aus dem Tod entspringt das Leben ... nur wenn das Weizenkorn stirbt, bringt es Frucht ...“ Weich (James-Last-artig) mahnt der Chor: „Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt ...“ Der Dialog — eigentlich ist es ein Monolog aus zwei Richtungen — fällt wieder auf den Sinn bzw. Ziel des Lebens. Dem mit Orgelklängen unterstrichenen Sieg über den Tod hält der Antichrist die betäubende Wirkung der Religion entgegen, es fällt das Wort Betrug. Den Antichristen auf der Kanzel hört man bedeutend

besser als den Christen unter den Zuschauern. Romantisch, zu „soft“ und fast schon süßlich, schmilzt der Chor dahin: „Was du liebst, in das wirst du verwandelt.“ Unerschütterlich beharrt aber der Antichrist auf seinen irigen Meinungen: christliche Liebe und Hoffnung nichts als Betrug, an Gott und Teufel glaube er nicht. Mir fällt ein, daß Papst Paul VI. den Teufel erst vor kurzem wiederentdeckt hat ... Vielleicht weiß der Lästere das nicht. Jedenfalls, der Dialog geht unerbittlich weiter. Es geht um Wissenschaft und Technik. Man hört sehr schlecht, was hilft es dem Menschen, mahnt der Christ, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber im unklaren ist über den Sinn des Lebens? Mir fallen Millionen Arbeitslose ein, die im unklaren sind über ihre Zukunft ... vielleicht ist da ein positiver Zug; sie könnten über den Sinn des Lebens meditieren ... Musik braust wieder auf, mit guten rhythmischen Passagen — das ist gekommt! „Hailchaja.“ Der Chor ist Klasse. Aber der Antichrist bleibt unbeweglich: Denken ja; Glauben nein! Glauben sei Ersatz für Wissen. Mir christlicher Geduld wird ihm erklärt: Der Glauben erhellt sich im Denken, es gibt kein Denken ohne Glauben und Christ sein heißt eben glauben, daß es einen Schöpfer gebe. Da, plötzlich geht im Antichristen was vor: bewegt erklärt er ... „Auch ich habe einst gefloht: Herr wende dich nicht von mir ...“ aber er kann nur frei sein, wenn er nicht von einem geliebt wird, den es nicht gibt. In mir steigt der Verdacht auf, der Mann ist schizophren ... Aber vielleicht habe ich da nicht richtig gehört. Der Antichrist scheint Gott als Erziehungs- oder Machtinstrument gutzubiseln. Klarheit herrscht da wegen akustischer Probleme wieder nicht. Neben mir steht ein Herr, der die Plätze zuwies. (Draußen bewilligte die Feuerwehr nicht gerade starke Parkprobleme.) Er sieht mißtrauisch auf meinen Notzettel. Der Christ fährt schwere Geschütze auf: Augustinus wird in die Schlacht geworfen, Ekstase kommt in die Beteuerungen, er schwärmt von der Sonne und ist prinzipiell gegen wesenslose Perfektion. (Der Deutsche von vorn in Jeans und offenem Hemd marschiert wieder durch das Kirchenschiff.) Auf den Go-

sichern der Zuschauer einige Lango-
weile. „Wer sich nicht in Gott ver-
senkt...“ droht der Christ. Sein Wi-
dersacher steigt inzwischen von der
Kanzel runter, unbeweglichen Gesichts,
keine Spur von Reue. — Musik — Sie
tut gut, man fühlt sich aufatmen. Hina-
lo mit Pauken und Trompeten, es stei-
gert sich zum Fortissimo — schön!, die
Kirche ist regelrecht vom Ton überflutet,
ich möchte, daß es noch andauere.
Da schüttelt der Dirigent schon jeman-
dem die Hand, höfliches Klatschen,
cher kühl. Der Abt (nehme ich an) mit
schöner rosa (oder kardinalroter?)

Schleife um den Bauch, steht beim Or-
chester, geht aber gleich wieder. Die
Abendkleider wandeln zum Empfang im
Kaminsaal. Ich schnuppere da ein biß-
chen herum: mehrere Säle, Hunderte
von Südtiroler Bauernspockportionen
(viel zu viele, denke ich), ausgezeichnet-
er Wein aus der Klosterkellererei. Ich
bin von Bundesdeutschen umgeben, su-
che verzweifelt ein bekanntes — oder
wenigstens südtiroler Gesicht und ent-
decke glücklich einen Gadertaler, der
mit mir dann ein Glas Wein trinkt.
Draußen. Seine sauberlich aufgereiht
warten PS-starke Luxuswagen. (Na ja,

es waren auch einige Kleinwagen da,
z. B. meiner...)

„Christ und Antichrist“, schreibt Herr
Lewitsch u. a. in der Beilage zur Ein-
leitung, wird zeigen, daß die Beschäf-
tigung mit dem Glauben wie mit der
Kunst kein irrationaler Stumpfsinn ist,
sondern vital und alltagsnah, das täg-
liche Brot der Seele. Christ und Anti-
christ macht deutlich, wie das prakti-
sche Resultat der Zusammenarbeit der
Abteilung Musik und darstellende Kunst
in der Internationalen Akademie der
bildenden und schönen Künste zu At-
tenburg ausstehen soll.“ N. O.

Promotionen

ALBER Hans, Halling

ANDRIGASSEN Irene, Kaltern

BAUMCARTNER-FOLIE Christine, Völs

CARMINATI Robert, Brzico

CHRISTOP Hubert, Eppan

COMPTOI August, Starn

DELLAGO Ingrid, Bozen

FILUTRER Peter, Kastelrath

GATTERER Gerda, Bruneck

GRUBER Karl, Oberinnal

HAINZ Johann, Toblach

KASTLUNGER Meinhard, Sulven

LABURNER Helga, Meran

MULLER Hildegard, Lutsch

NICOLIUSI-SCHENK Eva, Bruneck

NIEDERSCHÄTZER Heidi, Sand in Taufers

PEIFHOEFER Egon, Sexten

PRAST Franz, Oberbozen

RAFFNER Klaus, Tiers

REINALTER Hansjörg, Niederdorf

TAPFNER Maria Theresia, Toblach

TEUTSCH Anno, Lersers

THONI Irene, Mals

UNTERHOIZNER Elisabeth, St. Walburg/Uten

VERDORFER Hansjörg, Meran

VILL Brika, Bozen

v. VINTSCHEGER Irene, Bozen

WACHTLER Dorothea, St. Lorenzen

WEBER Benno, Kartarsch

WERNER Alois, Kuens

Diplom-Ingenieur (Bauwesen) — Graz.

Doktor der Modernen Sprachen — Verona. Diss.: „Literaturkritik im Spiegel — Eine Untersuchung über den Informationswert von Massennachrichten“.

Doktor der Modernen Sprachen — Verona.

Doktor-Ingenieur (Elektrotechnik) — Padua.

Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona.

Doktor der Philosophie (Naturwissenschaften) — Innsbruck. Diss.: „Problematik der Berufsmotivation weiblicher Jugend“.

Doktor der Soziologie — Trient. Diss.: „Die Familie in Südtirol — Ideologische Analyse innerhalb der deutschen Volksgruppe“.

Doktor der Philosophie — Bologna. Diss.: „Didaktik der Geschichte“.

Doktor der Philosophie (Anglistik) — Wien. Diss.: „Frank O'Connor: A Study of His Short Stories“.

Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona.

Doktor der Medizin — Innsbruck.

Doktor der Medizin — Innsbruck.

Doktor der Philosophie (Slawistik) — Wien. Diss.: „David D. Burliuks Beitrag zum russischen Kuberehewismus 1910 bis 1929“.

Doktor der Literarwissenschaften — Padua. Diss.: „Ruftamengebung im Genesinadegebiet Sand in Taufers von 1850 bis 1974“.

Doktor der Modernen Sprachen — Verona. Diss.: „Reiner Maria Rilkes Rußlandreise und deren Einfluß auf seine Werke“.

Doktor der Sprach- und Literaturwissenschaften — Padua.

Doktor der Philosophie (Germanistik/Geschichte) — Innsbruck.

Doktor der Theologie — Münster/Westfalen.

Doktor der Medizin — Innsbruck.

Doktor-Ingenieur (Elektrotechnik) — Bologna.

Doktor der Modernen Sprachen — Bologna.

Doktor der Soziologie — Trient. Diss.: „Die Familie in Südtirol“.

Doktor der Philosophie (Mikrobiologie) — Innsbruck.

Doktor der Modernen Sprachen — Verona.

Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona.

Doktor der Modernen Sprachen — Verona.

Doktor der Modernen Sprachen — Verona.

Doktor der Pharmazie — Bologna.

Diplom-Ingenieur (Architektur) — Innsbruck.

Doktor der Modernen Sprachen — Padua.

Nur für Maturanten!

Hiermit bestelle ich mein
Gratisabbonement für den
SKOLAST ab.

Name

Anschrift

An die
Südtiroler
Hochschülerschaft
Waltherhaus

39100 BOZEN

An alle Südtiroler Maturanten
Liebe Kollegin! Lieber Kollege!

Die Südtiroler Hochschülerschaft erachtet es für notwendig, die Maturanten über alle Fragen, die mit einem Hochschulstudium zusammenhängen, bereits jetzt zu informieren.

In diesem Zusammenhang werden wir uns in den nächsten Monaten bemühen, Dir die notwendigsten und wichtigsten Informationen zu vermitteln.

Die traditionelle Maturantenberatung (aufgeteilt nach Fachrichtungen) findet Anfang August in Bozen statt. Die genauen Termine werden noch mitgeteilt. Merke Dir: Information aus erster Hand ist besser!

Unsere Zeitschrift SKOLAST senden wir Dir in diesem Jahr kostenlos zu. Auch darin sind immer wieder Informationen enthalten; gleichzeitig erhältst Du Einblick in die Probleme und Tätigkeiten der SH.

In dieser Nummer ist ein Fragebogen enthalten, den wir Dich auszufüllen bitten, um Deinen Interessen besser entsprechen zu können.

Schon jetzt wollen wir Dich auf einige wichtige Dinge hinweisen:

— Solltest Du die Absicht haben, in der Bundesrepublik Deutschland ein Studium aufzunehmen, so wende Dich bereits jetzt an das Akademische Auslandsamt der gewählten Hochschule. In der BRD besteht für Ausländer eine Voranmeldepflicht von mindestens sechs Monaten. Die Adressen der Akademischen Auslandsämter kannst Du in unserem Sekretariat erhalten.

— Falls Du in der gewählten Hochschulstadt einen Heimplatz ansprechen solltest, schreibe bereits jetzt die verschiedenen Heime an. Die Plätze sind überall knapp. Dies gilt für die Bundesrepublik, für Österreich und für Italien (in Italien gibt es wenige Studentenheime und die entsprechenden Ansuchen sind an Termine gebunden, die Du in unserem Büro erfahren kannst).

— Informiere Dich vor Aufnahme eines Studiums im Ausland darüber, ob der entsprechende Abschuftitel in Italien auch anerkannt wird.

In unserem Sekretariat (Bozen, Waltherhaus, Telefon 24614) kannst Du gratis verschiedene Broschüren bekommen, die alle wichtigen Fragen, die

einen Studenten interessieren können, enthalten. Studienführer und Vorlesungsverzeichnisse aller wichtigen Universitäten in deutschen und italienischen Raum liegen zur Einsichtnahme auf.

In Kürze wird der neue Maturantenführer der SH erscheinen, der Dir ebenfalls die wichtigsten Informationen über das Studium in Deutschland, Österreich und Italien vermittelt. Unser Sekretariat steht Dir auch für weitere Informationen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Für die SH
Der Vorsitzende
Günther Pallaver

INFORMATION

für Absolventen folgender
Studienrichtungen:

Sprachwissenschaften
Philosophie
Deutsch
Geschichte
Geographie
(anerkannt als Laurea in lettere)

Absolventen der genannten Fachrichtungen, die beabsichtigen, an einer italienischen Schule Deutsch zu unterrichten, müssen im Besitz der Doppelsprachigkeitsprüfung sein. Das Assessorat für Schule und Kultur hat die Absicht, während des Sommers Intensivkurse (Italienisch) durchzuführen, die auf diese Prüfung vorbereiten sollen. Interessenten, die ab heutigem Herbst die zweite Sprache unterrichten wollen, können sich zu diesen Intensivkursen melden. Nähere Informationen erteilt das Amt für Weiterbildung, 39100 Bozen, Dantestraße 11.

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: KLAUS MENAPACE/GUIDO DENICOLÒ
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 700

Abonnement: Italien Lire 3000
Österreich öS 70
Deutschland DM 10

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.
Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.
